

## DEUTSCHE UND ITALIENER IN SÜDTIROL

Fritz Dörrenhaus

Mit 8 Abb., 8 Diagrammen und 3 Kartenbeilagen

*Germans and Italians in South-Tyrol (Italy)*

*Preface of the editor:* There are few areas where investigations in political geography can be based on such sound foundations as is possible in South-Tyrol. Here two ethnic groups, differing in their social structure and also to a great extent in their economic outlook, have for over a millenium given rise to two distinct cultural landscapes. During the past decades, as a consequence of changes in State and administrative boundaries, they have been affected by powerful political and economic forces. The statistical data which allow a precise evaluation of these forces remained unpublished during the turbulent period of the recent war and were consequently not available for scientific investigations. The elections of 1952 gave rise on both sides of the Alps to newspaper campaigns in which partisan zeal threatened to obscure the actual facts from the public.

The following paper, whose author is intimately acquainted with the area, attempts to display in an objective and scientific manner the historical and geographical data and to arrive at valid conclusions by drawing a comparison between the results of last year's elections and earlier statistical surveys. Of these the census data from 1910 to 1939, as well as the figures of the migration of the South-Tyrol Germans and Ladins which occurred during the fascist-nationalist period, have by now become available. With the publication of this general survey we hope to perform a useful service to geographers and also to students of the political sciences.

*Vorwort des Herausgebers:*

Es gibt wenige Gebiete, in denen die politische Geographie ihre wissenschaftliche Fragestellung auf so klaren Grundlagen aufbauen kann wie Südtirol. Zwei Volksgruppen, die sich in ihrer sozialen Struktur und weitgehend auch in ihrem Wirtschaftsgeist unterscheiden, die ihre Ausprägung seit über einem Jahrtausend auch in einer verschiedenen Kulturlandschaft gefunden haben, sind in den letzten Jahrzehnten durch Verschiebungen von Staats- und inneren Verwaltungsgrenzen in eine lebhaft politische und wirtschaftliche Dynamik verwickelt worden. Die statistischen Grundlagen, welche diese Dynamik exakt wissenschaftlich erfassen lassen, sind in der turbulenten Zeit des letzten Krieges unveröffentlicht und dabei der wissenschaftlichen Beurteilung weitgehend vorenthalten geblieben. Die 1952 abgehaltenen Wahlen haben beiderseits der Alpen zu einer Pressekampagne Veranlassung gegeben, in der politischer Eifer mitspielte, der die Gefahr in sich birgt, die Tatbestände in der Öffentlichkeit zu verdunkeln.

Die folgenden Ausführungen versuchen die Tatsachen und die wissenschaftliche, historische und geographische Objektivität zur Geltung zu bringen und die Ergebnisse der jüngsten Wahlen mit denen früherer statistischer Erhebungen vergleichend zu verarbeiten. Die Volkszählungsergebnisse von 1910—1939 und die Zahlen für die in der faschistisch-nationalsozialistischen Zeit erfolgte zwangsweise Wanderung der Südtiroler Deutschen und Ladiner liegen seit geraumer Zeit vor. Sie mit den neuen Wahlergebnissen zu verarbeiten, war das Ziel des vorliegenden Aufsatzes, der von einem genauen Kenner des Landes verfaßt ist. Wir hoffen, durch diese Übersicht den Geographen und den politischen Wissenschaften auf allen Seiten einen Dienst zu erweisen.

*Die geschichtliche Entwicklung der Sprachgrenze und der politischen Südgrenze Tirols bis zum Jahre 1919*

Im Jahre 1910 sprachen von den 916 000 Einheimischen der gefürsteten Grafschaft Tirol 525 000 deutsch, 36 000 ladinisch und 350 000 italienisch<sup>1)</sup>. Diese drei Volksgruppen waren durch klare Sprachgrenzen voneinander geschieden, die nur geringe Minderheiten im anderssprachigen Bereich besaßen (Beilage 4).

Wie ist es zu diesem völkischen Bild innerhalb eines der ältesten und beständigsten Territorien Mitteleuropas gekommen?

Im Römerreich lag Tirol im wesentlichen im Bereich der beiden Rhaetien und des Territorium Tridentinum, mit dem Vorort Trient, einem Teil der X. italienischen Region. Die Grenze Rhaetiens gegen Italien verlief in unserm Bereich durch die Eisackschlucht oberhalb Bozens und durch die Töll bei Meran<sup>2)</sup>.

Die Goten als Nachfolger der Römer traten in den schweren Kämpfen mit Justinian Rhaetien an die Franken ab, um Rückendeckung zu gewinnen. Von den Franken ermuntert, rückten die Bayern kurz darauf ins Land und überschritten noch vor 592 den Brenner. Schon in den beiden ersten Jahrzehnten des 7. Jahrhunderts sehen wir sie in der Auseinandersetzung mit den Slawen im Pustertale. Bei ihrem weiteren Vordringen nach Süden stießen sie im Etschtal auf die Langobarden, die selbst wenig vorher in Italien das Erbe der Goten angetreten hatten<sup>3)</sup>. 680 sitzt in Bozen ein bayrischer Graf.

Die bajuvarisch-langobardische Grenze verlief von Forst bei Meran an entlang der Etsch bis in die Gegend von Branzoll, ging über das Joch Grimm hinüber ins Fassatal bei Moena<sup>4)</sup>. Gleichzeitig mit der politischen Machtergreifung begann die bajuvarische Besiedlung, bei der sich die Germanen meist friedlich neben und zwischen die nur wenig zahlreiche rhäto-romanische Bevölkerung setzten.

<sup>1)</sup> Wilhelm Winkler: „Deutschtürol im Lichte der Statistik“ in Deutschtürol, drei Vorträge von H. Voltolini, A. Verdross und Wilh. Winkler, Leipzig-Wien 1925.

<sup>2)</sup> Alois Lechthaler: „Handbuch der Geschichte Tirols“, Innsbruck 1936.

<sup>3)</sup> Herrmann Wopfner: „Deutsche Siedlungsarbeit in Südtürol“, Innsbruck 1926.

<sup>4)</sup> Otto Stolz: „Ausbreitung des Deutschtums in Südtürol im Lichte der Urkunden“, München 1927.

Der nächste Schritt in der Umorientierung des ehemaligen Rhaetien nach Norden hin war die Unterstellung des Bistums Saeben, des Vorläufers des Bistums Brixen, unter das Erzbistum Salzburg durch Karl den Großen, nachdem es bis dahin dem Patriarchen von Aquilegia unterstellt gewesen war<sup>2)</sup>. So trug der Kaiser den veränderten Bevölkerungsverhältnissen Rechnung. Mit der Erneuerung des Reiches und der Vereinigung der eisernen Krone mit der des Reiches verlor die langobardisch-bajuvarische Grenze an Gewicht. 952 gründete Otto der Große die Mark Verona, löste sie zusammen mit dem langobardischen Herzogtum Trient aus dem Verband der eisernen Krone und unterstellte sie einstweilen dem Herzogtum Bayern<sup>6)</sup>. Die Landnahme der Bayern, die bis dahin an dieser Grenze eine Schranke gefunden hatte, griff nun seit dem 10. Jahrhundert weiter nach Süden aus. Das Bozener Unterland und vor allem das Überetsch von Eppan über Kaltern bis Tramin wurden unter der Mitwirkung bayerischer Klöster nun auch von der bajuvarischen Siedlung in Angriff genommen<sup>4)</sup>.

Schon 1004 erhielt der Bischof von Trient das ehemalige Herzogtum Trient von Heinrich II. als weltliches Lehen in der Stellung einer Grafschaft. 1027 folgte ähnlich der Bischof von Brixen. Gleichzeitig mit diesen Maßnahmen der Kaiserpolitik längs der Brennerstraße, der wichtigsten nach Rom, erhielt der Bischof von Trient die Grafschaft Bozen und die Lehnshoheit über den Vinschgau. Aus heutiger Perspektive sieht vielleicht die Zuteilung der rein deutsch besiedelten Gebiete an ein im wesentlichen sonst romanisch besiedeltes Territorium wie eine Schwächung des Deutschtums aus. Tatsächlich aber war damals mit dieser Maßnahme eine Stärkung der deutschen Stellung des Bischofs von Trient beabsichtigt; denn die Kaiser sorgten dafür, daß Trient immer von deutschen Bischöfen regiert wurde und daß der Adel in den Burgen des heutigen Welschtirol nie von langobardischer Herkunft war. Beide, Bischof und Adel, gaben der bajuvarischen Siedlung neue Impulse bis weit in den Süden hinein<sup>5)</sup>.

Schon um die Jahrtausendwende erlosch die langobardische Sprache<sup>4)</sup>, und die Bajuwaren hatten es nunmehr mit einer teils romanisch, teils italienisch sprechenden Bevölkerung zu tun. Reste der ersteren haben sich in den Dolomitentälern erhalten.

Seit Anfang des 12. Jahrhunderts hatten die Lehnsleute von Trient, die Grafen von Tirol und Herren des Vinschgaues die Vogtei über das Bistum Trient inne. Im Anfang des 13. Jahrhunderts erhielten sie auch die Vogtei über das Bistum

Brixen<sup>5)</sup>. Das bedeutete, daß sie nunmehr die tatsächliche politische Gewalt in diesen Gebieten ausübten. Als im Jahre 1803 die Bistümer säkularisiert wurden, war dies lediglich die formale staatsrechtliche Bestätigung eines de facto schon seit Jahrhunderten bestehenden Zustandes.

Die Grafen von Tirol waren somit die mächtigsten Herren dieses Raumes, zumal ihnen durch eine geschickte Heirats- und Erbpolitik auch die wichtigsten Teile des nordtirolischen Inntales zugefallen waren. Seit 1248 ist Tirol also ein Land zu beiden Seiten des Brenners.

Ein Rückschlag erfolgte, als Friedrich II. die Mark Verona an den oberitalienischen Gefolgsmann Ezzelino verließ<sup>5)</sup>. Das bedeutete auch nach dem Tode Ezzelinos immer wieder erhobene Ansprüche der Machthaber Veronas und dessen Rechtsnachfolgerin Venedig im Raum von Trient, Ansprüche, die erst von Maximilian endgültig erledigt wurden.

Meinhard dem Zweiten, dem größten aller tirolischen Fürsten (1258—1295), gelang es in einer sehr langen Regierungszeit, Trient gegenüber jenen vorgenannten Mächten wieder in seine Gewalt zu bekommen und darüber hinaus das Etschtal bis Noce und Avisio, bis dahin Teil des Fürstbistums Trient, unmittelbar unter seine Herrschaft zu zwingen<sup>2)</sup>.

Meinhard II. war mit dieser Erwerbung in der Lage, eine planvolle Eindeutschung des ganzen Bozener Unterlandes vorzunehmen, so daß Ende des 13. Jahrhunderts das Deutschtum bis Salurn in voller ausschließlicher Geltung ist. Ende des 15. Jahrhunderts stand die Sprachgrenze bei den Mündungen von Noce und Avisio, bei Deutschmetz (Mezzo-Corona) und Lavis<sup>4)</sup>.

Aber auch die Bischöfe von Trient, ausschließlich deutscher Abstammung, riefen immer wieder deutsche Siedler ins Land, als „hart deutsch Arbeitsvolk“ für die Eignung zur Rodung besonders berühmt. Unter der Initiative der Bischöfe von Trient begann im 12. Jahrhundert das Siedlungswerk auf den Hochflächen westlich Trient — hier ausschließlich durch Deutsche — und im Sugana sowie im Etschtal bis hinunter nach Rovereto — hier in Streusiedlung neben der altansässigen romanischen bzw. italienischen Bevölkerung.

Maximilian rundete in den Venezianerkriegen mit den Nachfolgern der Machthaber Veronas durch den Erwerb von Peutelstein, Primör, Rovereto und Riva endgültig die Südgrenze Tirols ab<sup>2)</sup>, das seitdem bis zu den Engen der großen Flüsse vor dem Eintritt in die Poebene reichte, als ein Staat, der Deutsche und Italiener sowie den Rest

<sup>5)</sup> Otto Stolz: „Deutschsüdtirol im Ringen der Völker und Staaten“, in Südtirol herausgegeben von Dr. K. Bell, Dresden 1927.

<sup>6)</sup> Dominicus Dietrich: „Die kirchlichen Verhältnisse“ in Bell: „Südtirol“. (Vgl. Fußnote <sup>5)</sup>).

der Romanen in den Dolomitentälern beherbergte (Beilage 5 und 6).

Innerhalb dieses Raumes fand bis 1919 ungestört durch außenpolitische Ereignisse die Siedlungsaueinandersetzung der drei Nationen statt.

Der Höhepunkt der deutschen Ausbreitung war zu Beginn der Reformation erreicht. Damals gab es jenseits der Grenze des geschlossenen deutschen Sprachgebietes, der Grenze von Deutsch-Metz und Lavis, zwei weitere geschlossene deutsche Sprachgebiete: das Fersental und den Rundscheiner Berg nördlich vom Suganatal, südlich davon die Hochebenen von Lafraun, Lusern mit dem Abfall ins Astachtal, Vieregereut mit Besenello am Abhang zum Etschtal und die drei Nebentäler der Etsch, das Leimtal, das Brandtal (bei Rovereto mündend) und das Rauttal, das bei Ala ins Etschtal mündet. Außerdem lebten im ganzen Suganatal und im Etschtal bis Rovereto starke deutsche Minderheiten.

Den Rückschlag brachte die Reformation und Gegenreformation. Es fehlte der Pfarrernachwuchs. Die deutschen Pfarrer waren des Lutheriums verdächtig. Während bis dahin die Pfarrer dieser Gemeinden stets aus Deutsch-Tirol und aus Süddeutschland gekommen waren, setzten die Bischöfe von Trient nunmehr nur italienische Pfarrer ein. Das Ergebnis war ein Rückgang des Deutschtums an allen Orten. In Trient selbst, wo eine starke deutsche Minderheit in der Contrada Tedesca unter der Burg der Bischöfe saß, erlosch das letzte bodenständige deutsche Leben im 18. Jahrhundert (Abb. 1)<sup>4</sup>.

Dieselben Glaubensbewegungen führten andererseits im Obervinschgau zur beschleunigten Germanisierung der dortigen Reste der Rhätoromanen, seitdem die Reformation unter den angrenzenden graubündischen Rhätoromanen Fuß gefaßt hatte<sup>3</sup>.

Der Rückgang der Sprachgrenze des geschlossenen deutschen Sprachgebietes seit der Reformation ging im Raum von Lavis nach Salurn um ein bis zwei Jahrhunderte schneller vor sich als von Deutschmetz nach Margreid. Wie ja seltsamerweise die linke Etschseite von Meran an abwärts seit je anfälliger war für italienische Einwanderung als die rechte.

Die italienische Bevölkerung griff aber auch über die Sprachgrenze hinüber ins deutsche Etschtal. Schon seit den Anfängen der deutschen Besiedlung waren Knechte und Saisonarbeiter vom Nonsberg und Fleimstal ins deutsche Etschtal hinüber gewandert. Doch waren diese Zuwanderungen immer in einem gewissen Rahmen geblieben, so daß sie immer wieder assimiliert werden konnten. Die lockende soziale Stellung des deutschen Freibauern ließ den aus anderen sozialen Verhält-

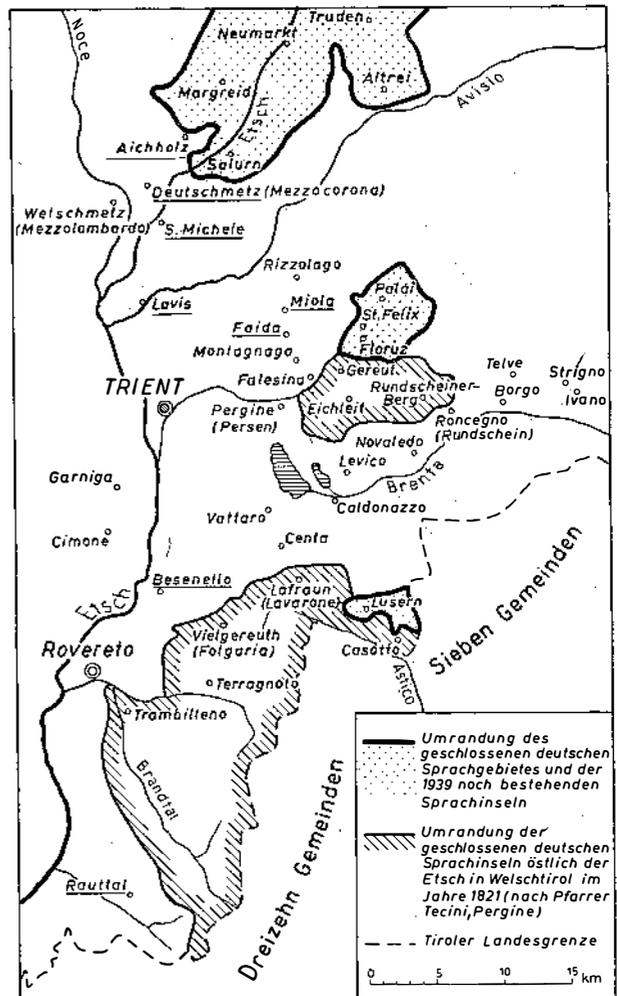


Abb. 1: Die deutsche Siedlung südlich der heutigen Grenze des geschlossenen deutschen Sprachgebietes

Alle aufgeführten Siedlungen hatten im 16. Jahrhundert oder vorher deutschen Bevölkerungsanteil. Die unterstrichenen Ortsnamen zeigen weitere Siedlungen mit einst deutscher Mehrheit an.

nissen kommenden Zuwanderern aus Welschtirol die Angleichung an das Deutschtum wünschenswert erscheinen<sup>4</sup>.

Aber seit dem 18. Jahrhundert konnte der bis heute (1952) andauernde Prozeß der Assimilierung nicht Schritt halten mit der italienischen Zuwanderung. So entstanden dann die Minoritäten des Bozener Unterlandes. In Branzoll hatten italienische Flößerfamilien aus Sacco bei Rovereto, die von hier aus die Etsch beflößten, eine starke italienische Minderheit geschaffen. Vor allem brachten die ersten Etschregulierungen im 18. Jahrhundert in der versumpften Etschniederung zunächst eine starke Bevölkerungsvermehrung. Aber nach wenigen Jahrzehnten erwiesen sich diese Regulierungen

— der Zeit vorausseilend — als unzulänglich. Erneute Versumpfung und erneute Ausbreitung des Sumpffiebers brachte eine Abwanderung deutscher Grundbesitzer und ihrer Familien. Deren Gründe wurden von italienischen Bauern, teils auch von Großgrundbesitzern aufgekauft, die dort ihre Halbpächter Reis- und Maisbau und Seidenraupenzucht betreiben ließen. Doch auch damals ging die zugewanderte aus dem Trentino stammende italienische Bevölkerung auf die Dauer in der deutschen auf, auch wenn die Zuwanderung zeitweise größer war, als von der Assimilation bewältigt werden konnte. Erst als in den Jahren 1882—1893 von der Landesregierung eine durchgreifende moderne Etschregulierung durchgesetzt wurde und damit auch in der unter der Malaria leidenden Bevölkerung die Sterblichkeitsquote herabgesetzt wurde; als außerdem für deutsche Grundbesitzer, da nun stabile Verhältnisse vorlagen, kein Grund mehr zur Abwanderung vorlag, verringerte sich relativ die Zahl der Zuwanderer so sehr, daß nunmehr der seit je vorhandene Prozeß der Assimilation die Zuwanderung aus dem Trentino bewältigte. So waren seit 1893 bis 1918 die italienischen Minderheiten im Schwinden und es ließ sich der Tag voraussehen, da die letzte Minderheit in den Gemeinden der linken Etschseite im Mehrheitsvolk der Deutschen ohne irgendwelche staatliche Einwirkung nur zufolge der nationalen Werbekraft des Deutschtums verschwunden war<sup>4, 7)</sup>.

#### *Südtirol zwischen den beiden Weltkriegen*

Das Jahr des Inkrafttretens des Friedensvertrages von St. Germain, der Süd- und Welschtirol an Italien brachte, unterbrach die natürliche Entwicklung der Verhältnisse, die seit den Eingriffen der Konzilszeit nicht mehr durch besondere staatliche oder kirchliche Maßnahmen gestört worden war. Wie kam es zu dem Anspruch Italiens auf Südtirol? Der Nationalismus des 19. Jahrhunderts brachte in Italien die Theorie der Wasserscheiden-grenze<sup>8)</sup>. Sie geht der Idee nach bis ins Zeitalter der Renaissance zurück. Es war eine Idee, die nur rein formal aus dem Kartenbild entwickelt sein konnte und alle natürlichen und völkischen Gegebenheiten mißachtete. *Giuseppe Mazzini* war ihr leidenschaftlicher Vertreter im 19. Jahrhundert: „Italia fine al Brennero!“ Dabei ist der Brenner seit vorgeschichtlichen Zeiten nie eine Grenze gewesen, selbst zu Römerzeiten nicht<sup>9)</sup>.

<sup>7)</sup> *F. Dörrenhaus*: „Das Deutsche Land an der Etsch“, Innsbruck 1933.

<sup>8)</sup> Zur Wasserscheidentheorie von deutscher Seite: *Sölch*: „Die Brennergrenze, eine natürliche Grenze?“ in *Tiroler Heimat*, Innsbruck 1924 sowie „Die Auffassung der ‚natürlichen Grenze‘ in der wissenschaftlichen Geographie“, Innsbruck 1924. *H. Kinzl*: Die Landschaft in Bell: Südtirol.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der Zunahme der internationalen Spannungen in Europa wuchs die italienische Werbung für die Brennergrenze. An ihrer Spitze stand die italienische Geographie: die Reale Società Geografica, Senator *Ettore Tolomei*, Prof. *Renato Toniolo*<sup>10)</sup>; beide Geographen entwickelten ihre zielbewußte Tätigkeit zur Propagierung der Annexion Tirols südlich des Brenners.

1920 wurde das Prinzip der Wasserscheide als politische Grenze durchgesetzt, allerdings mit sehr wesentlichen Abweichungen. Sowohl am Reschenpaß als auch im Toblacher Feld ging Italien aus strategischen Gründen weit über die Wasserscheide hinaus und annektierte u. a. auch das der Drau tributäre Sextental<sup>11)</sup>.

Nach drei Jahren italienischer Demokratie kam 1922 nach einem Vorspiel in Bozen der Faschismus zur Macht. Und nun setzte der Versuch ein, eine Landschaft zu politischen Zielen und mit politischen Mitteln von Grund aus umzugestalten.

Mussolini erklärte mit jener entwaffnenden Logik, die allen Diktatoren eigen ist: „Wir werden jene Gegend italienisch machen, weil sie italienisch ist!“<sup>12)</sup>.

Er setzte die Flut der Gewaltmaßnahmen ein, die Südtirol aus dem deutschen Volkskörper reißen sollte. Der Name Tirol war verboten, das Land erhielt den völlig unhistorischen Kunstnamen „Alto Adige“ (Hochetsch). Die Kinder mußten den ersten und schwersten Ansturm der fremden, faschistischen Staatsmacht erfahren. Von der ersten Schulklasse, ja vom Kindergarten an erfolgte der Unterricht ausschließlich in der fremden Staatssprache von ausschließlich italienischen Lehrern, die kein Wort deutsch sprachen. Die Gemeindeselbstverwaltung wurde aufgehoben und

<sup>9)</sup> Warum unter der bisher genannten Literatur historischer Art keine italienische zitiert wurde, dazu bei 4), Bd. I § 1 die Erklärung: „Die Italiener haben heute offenbar gar nicht die Absicht, sich mit der Geschichte des Deutschtums in Südtirol sachlich und mit wissenschaftlichem Ernst zu befassen. Sie würden auch bald zu dem Schluß kommen, daß das Ergebnis ihren heutigen politischen Zielen nicht entspricht.“

<sup>10)</sup> „Archivio dell'Alto Adige“, herausgegeben von *Ettore Tolomei*, seit 1906; *Toniolo*: „Alto Adige“, Florenz 1919; „Il Tirolo, unità geografica“, Florenz 1921.

Bewertung dieser ebenfalls in 4) § 1. Über den sehr dubiosen Wert des Buches „Il Tirolo, unità geografica“ von *Toniolo* in einer Besprechung von *H. Kinzl* im Anhang zu 3).

<sup>11)</sup> Dazu *Toniolo* in „Il Tirolo, unità geografica“, Seite 40: „Das Sexten-Tal, das sich zur Talweitung von Innichen öffnet, gehört morphologisch zur Rienz, gegen die es gerichtet ist. Der Abfluß des Sextener Baches gegen die Drau ist durch die Erscheinung postglazialer Anzapfung abgelenkt.“

<sup>12)</sup> Kammerrede vom 6. Februar 1926.

an ihre Stelle kamen die „Podestà“, Staatsbeamte, die — oft korrupt — das Gemeindeeigentum verwirtschafteten. Die bisher das gesamte ehemals österreichische Tirol südlich des Brenner umfassende Provinz Trient wurde 1926 geteilt in eine Provinz Bozen und eine Provinz Trient, wobei das Bozener Unterland der Provinz Trient zur schnelleren Überwältigung dieser Gemeinden zugeeilt wurde.

Einzige zugelassene Sprache aller Behörden, auch der Gerichte, war die italienische. Die Deutschen wurden nach und nach von allen Behördenstellungen, bis auf wenige Ausnahmen, ausgeschlossen, alles mit dem Ziel einer schnellen Umgestaltung des Antlitzes von Südtirol.

Diesem Ziel der Veränderung auch des äußeren Bildes der Landschaft dienten die Eingriffe des Staates in das Bauwesen, welche die Förderung landfremder Bauformen zum Ziel hatten. Ihm diente die Förderung der Seidenraupenzucht, die bei den deutschen Bauern wegen ihrer Begleitumstände nie Eingang fand und die mit ihren notwendigen Kulturen von Maulbeerbäumen recht stark zu einem andersartigen Landschaftsbild beigetragen hätte.

Die Vernichtung der sozialen Stellung des deutschen Bauerntums sollte durch die Aufhebung des Höferechtes erreicht werden<sup>13</sup>). Der Faschismus hatte das Höferecht, die Unteilbarkeit des Grundbesitzes und seine Vererbung an einen Erben sehr wohl studiert und aus diesem Studium sehr wohlthuende Konsequenzen für das eigene Volk gezogen, aber er hat in Südtirol dieses Höferecht aufgehoben, weil er wußte, daß gerade dieses Höferecht so wesentlich an der Gestaltung der Landschaft Südtirols, das im Gegensatz zum benachbarten Italien vom Einzelhof entscheidend gefügt wird, beteiligt ist. Setzt doch der Einzelhof inmitten seiner durch das Tiroler Höferecht an ihn gebundenen Grundstücke geradezu seine Unteilbarkeit voraus<sup>14</sup>).

Auf die Umgestaltung der Landschaft zielte eine mit allen staatlichen Mitteln vorgetriebene landwirtschaftliche Siedlungspolitik, die jedoch scheiterte, da die angesiedelten Bauern, Italiener, sich in den ihnen ungewohnten gesellschaftlichen Verhältnissen nicht halten konnten. Zum Teil mußte man den italienischen Bauern Einzelhöfe überweisen. Die ihnen in diesen Höfen aufgezwungene Lebensweise war dem italienischen geselligen Lebensstil völlig zuwider. Auch die Lebensart im deutsch-tiroler Dorf ist so völlig anders als

in den meist stadttähnlichen ländlichen Wohnplätzen Italiens, kein Corso, keine Bar, kein Café, daß auch hier die Siedlungsfreudigkeit des italienischen Bauern bald erlahmte.

Aus dieser Erfahrung heraus trieb der Faschismus nach den ersten Anfängen im Sinich bei Meran im Jahre 1926, seit dem Jahre 1936 die Industrialisierung mit aller Gewalt vorwärts, um so die Überwältigung der deutschen Mehrheit des Landes zu erzielen. Man schuf die Bozener Industriezone, die mit Hilfe einer landfremden Arbeiter- und Angestelltenschaft zunächst einmal in der Hauptstadt des Landes zusammen mit der zahlreichen Beamtschaft eine italienische Mehrheit herstellte. Daß man mit den Abgasen des Stickstoffwerkes am Sinich bei Meran und denen der Aluminium- und Magnesiumwerke bei Bozen, das sehr große in den Hotels und andern Fremdenverkehrseinrichtungen der Winterkurorte von Bozen-Gries und Meran-Mais investierte deutsch-tiroler Kapital entwertete, war eine erwartete und gewünschte Nebenerscheinung der rücksichtslosen faschistischen Politik<sup>15</sup>). Von den 17 im Baedeker von 1926 aufgezählten großen Hotels und Sanatorien besteht heute keines mehr.

Doch man sah, daß man mit all diesen und vielen andern Mitteln, die, längst historisch geworden, hier nicht alle aufgezählt werden können<sup>16</sup>), die deutschen Tiroler wohl schwer schädigen, doch nicht vernichten konnte. Im Grunde scheiterte man an der unerschütterlich festen Haltung des Tiroler Menschen, der der Heimat und dem Volkstum die Treue hielt. Hier muß vor allem der festen und treuen Haltung des Tiroler Pfarrers gedacht werden, der mit dem deutschen Religionsunterricht, der deutschen Predigt ein Fels war in der faschistischen Überflutung und ungeheuer viel zur eindeutigen Haltung dieses Volkes beigetragen hat.

#### *Die Vereinbarung vom 23. 6. 1939 zu Berlin zur Umsiedlung der Südtiroler Bevölkerung*

„Eine radikale ethnische Lösung“ hatte schon immer den extremen italienischen Nationalisten, allen voran Senator *Tolomei*, als Wunschbild vor-

<sup>15</sup>) *Rolf Schildhof*: „Die Industriezone um Bozen“. Deutsche Arbeit 1937.

<sup>16</sup>) *Paul Herre*: „Die Südtiroler Frage“, München 1927. *Reuth-Nicolussy*: „Tirol unterm Beil“, München 1928. *Guido Gustav Weigend*: „The cultural Pattern of South-Tyrol“, Chicago 1949.

Aus späterer Zeit gibt es keine zusammenfassenden Darstellungen mehr in deutscher Sprache, da seit 1933 die politischen Herren im Reich, später auch in Österreich, die Literatur über Südtirol unterdrückten. Hier sei auf die Presse verwiesen: Die Dolomiten und die Alpenzeitung, beide in Bozen, Innsbrucker Nachrichten, Tiroler Anzeiger (Innsbruck). Der Südtiroler, Innsbruck, später Tiroler Heimat, Innsbruck, später Vaduz, Neustadt.

<sup>13</sup>) *Dörrenhaus*: „Der soziale Kampf in Südtirol“, Volk und Reich, Berlin 1932, Heft 5.

<sup>14</sup>) *Ant. Ren. Toniolo*: Considerazioni Geografiche sull'Istituto del „Maso Chiuso“. Atti della Accademia Nazionale dei Lincei, Rom 1950.

geschwebt<sup>17)</sup>. Schon gleich nach 1918 hatte er mit dem Gedanken einer gewaltsamen Austreibung der Südtiroler gespielt. Bereits dem österreichischen Bundeskanzler Seipel wurden solche Vorschläge gemacht<sup>18)</sup>.

Mit der Machtergreifung Hitlers sahen sich *Tolomei* und seine Gefolgschaft diesem Ziele näher. Als die Wehrmacht 1938 am Brenner stand, und Hitler um den militärischen Beistand Italiens warb, sah Tolomei endlich seine Stunde gekommen, diese „radikale ethnische Lösung“ Mussolini als Gegenforderung vorzuschlagen. Sie war in der Tat der Kaufpreis des deutsch-italienischen Militärvertrages, des „Stahlpaktes“ vom 25. 5. 1939. Ihm folgte am 23. 6. 1939 „nach einer sehr kurzen Besprechung“ die „Berliner Vereinbarung“ auf der Basis „der in römischen Ämtern ausgearbeiteten Klauseln“ (*Tolomei A. d. A. A. Bd. 37, S. 7 f.*). Sie wurde allerdings nie ratifiziert. Am 17. 10. und 21. 10. folgten Zusatzverträge hinsichtlich der Ladinern und der Deutschen in den Sprachinseln Welschtirols und Friauls und des Tarviser Landes.

Ende Juni 1939 wurde diese Abmachung in Südtirol bekannt und verbreitete über das Land ein lähmendes Entsetzen, das durch einen brutalen Nervenkrieg der Faschisten bis zur Unerträglichkeit gesteigert wurde<sup>19)</sup>.

Bis zum 31. 12. 1939 hatten alle Deutschen und Ladinern italienischer Staatsbürgerschaft ihre Entscheidung abzugeben, ob sie die italienische Staatsbürgerschaft behalten oder die deutsche erwerben wollten<sup>20)</sup>. Doch wurde den Deutschen und Ladinern, welche die italienische Staatsbürgerschaft behalten wollten, bedeutet, daß sie auch nicht im Lande bleiben könnten. Nördlich der Polinie, so hieß es, könne kein Deutscher verbleiben. Auch den Optanten für Italien drohe die Umsiedlung nach Süditalien oder ins Kolonialreich<sup>21)</sup>.

<sup>17)</sup> *Ettore Tolomei* im Archivio dell'Alto Adige (1925): „quando si poteva risolvere radicalmente la questione come Kemal e non si volle“. Schon 1915 veröffentlichte er im Archivio einen Aufsatz des Kammerabgeordneten *Adriano C. Vespucci*, der einen Austreibungsplan zum Inhalt hat.

<sup>18)</sup> Am 22. III. 1953 erschien im Amtsblatt der österreichischen Regierung, der „Wiener Zeitung“, eine von „hervorragender Seite“ mit G. gezeichneter Aufsatz: „Woher der Plan der Umsiedlung“, der den Nachweis führt, daß der Umsiedlungsplan italienischer Herkunft war.

<sup>19)</sup> *Il Quotidiano* (Rom) 10. Juli 1945: „Viele, die gar keine Sympathie für das Deutsche Reich hatten, eifrige Katholiken und Sozialisten, haben nur für das Deutsche Reich optiert, um aus dieser Hölle herauszukommen.“

<sup>20)</sup> Staatsgesetzblatt vom 6. und 8. Juli 1939 enthält die Anwendungsdekrete zum Umsiedlungsgesetz und die Entscheidungssätze.

<sup>21)</sup> „Diejenigen, welche von der Möglichkeit, für Deutschland zu optieren, keinen Gebrauch machen, werden in die Provinzen südlich des Po verpflanzt werden“, *Mastromattei*, Präfekt der Provinz Bozen, zu den Vertretern der Südtiroler Gemeinden am 6. Juli 1939.

Sofort nach Abschluß des Berliner Vertrages setzten in Südtirol die Maßnahmen zu seiner Durchführung ein. Die deutschen und österreichischen Staatsbürger sowie alle Ausländer mußten sofort das Land verlassen. Alle Pachtverträge der öffentlichen Hand mit deutsch oder ladinisch sprechenden Bürgern wurden noch im August mit sofortiger Wirkung gelöst. Die Beschäftigung von Deutschen auf gepachtetem Grund des Staates oder der Gemeinden wurde verboten. Alle noch irgendwie im öffentlichen Dienst Beschäftigten oder Angestellte der großen italienischen Firmen, die deutscher oder ladinischer Muttersprache waren, wurden fristlos entlassen. Es kam hinzu das Verbot der Beschäftigung deutscher Kellnerinnen und deutscher Landarbeiter im Obstbau. Bleiben oder gehen? Das war die Schicksalsfrage, vor die sich die Südtiroler gestellt sahen, die nun zum Überfluß auch das Volkstum innerlich zerriß, — nicht zum wenigsten infolge eines Eingreifens deutscher Parteiemissäre<sup>22)</sup> —, so tief, daß sich erst heute die Nachwirkungen jener schweren Zeit zu verlieren beginnen. Die, welche sich nach schweren innern Zweifeln für die Option entschieden, waren einmal alle diejenigen, welche durch die eben genannten Direktmaßnahmen ihre Existenz verloren hatten, denen einfach nichts anderes übrig blieb. Dann aber kam im Volke die Hoffnung auf: Je zahlreicher wir für Deutschland optieren, um so mehr wird die Option zur Volksabstimmung und der „Führer“ wird dann sicher umgestimmt.

Viele Faschisten sahen mit Unbehagen das Anwachsen der Zahlen der Optionen für Deutschland. Einmal aus außenpolitischen Gründen wegen des schlechten Eindrucks beim damals mächtigsten Mann Europas, der vielleicht doch angesichts solcher Tatsachen sein Wort zurückziehen und nach seinem Endsieg ganz andere Lösungen erwägen könnte.

Dann hatten die faschistischen Regierungs- und Verwaltungskreise im Grunde doch nur an Teillösungen gedacht<sup>23)</sup>. Vor allem wußte man, daß die Bergbevölkerung unersetzlich war, das hatten die in viel kleinerem Umfang schon vorgenommenen Ansiedlungsversuche italienischer Bauern erwiesen, die ja alle gescheitert waren. Die realistischen unter den Faschisten hätten sich damit

<sup>22)</sup> Archivio dell'Alto Adige vom April 1940: „Die deutschen Ämter für Rückwanderer waren nun einmal zugelassen, nichts war deshalb daran auszusetzen, insofern ihre Abgesandten in den Tälern eine umfassende, wohlorganisierte Überredungs-, sagen wir ruhig Einschüchterungspropaganda entfaltet.“

<sup>23)</sup> *Tolomei* an den Präfekten von Trient: Durch auf allen Gebieten angewandten Druck sollen „die Prozentsätze der Auswanderer bis zum gewünschten Ausmaß gesteigert werden“.

begnügt, die führende Schicht, die Intelligenz in den Städten und draußen auf dem Lande, im ganzen etwa 30 000, auszusiedeln. Waren diese Zentren verweltscht, so wäre die Umvolkung der führerlosen Bergbauern, die man ja nicht entbehren konnte, nur eine Frage der Geduld und der Zeit gewesen.

Aber diese totale Lösung, wie sie sich nun tatsächlich angesichts der anschwellenden Optionsziffern für Deutschland abzeichnete, war selbst dem totalen italienischen Staat unheimlich.

So versuchten die besonneneren Kreise der italienischen Verwaltung zu bremsen und zu beruhigen. Man gab Parolen aus, wer für Italien optiere, könne sehr wohl im Lande bleiben, er brauche nur Italiener zu sein. Aber die Unversöhnlichen der Beamten und Parteifunktionäre blieben bei der schärfsten Tonart und so wurde das gequälte Volk hinundhergerissen. Ende November 1939 lud die Regierung eine Abordnung von Südtirolern, darunter auch den Bischof von Brixen, nach Rom, wo ihr Mussolini feierlich erklären wollte, daß den Optanten für Italien Verbleib und Arbeit in der Heimat garantiert werde. Als der Bischof und zahlreiche andere zur Audienz berufene Südtiroler bereits in Rom eingetroffen waren, ließ ihnen Mussolini sagen, er könne sie nicht empfangen. Die in Aussicht gestellte Erklärung wurde nicht gegeben<sup>24)</sup>.

Diese grausamen Vorgänge spielten sich unter dem völligen Ausschluß der Weltöffentlichkeit ab. Im stammverwandten Dritten Reich sorgte Goebbels für die völlige Verheimlichung der Vorgänge<sup>25)</sup>. Im übrigen Ausland, vor allem bei den westlichen Mächten, war die große außenpolitische Sorge der ersten Kriegsjahre maßgebend, Italien nicht durch Mißbilligung seines Vorgehens dem deutschen Diktator in die Arme zu treiben. Selbst die neutralen Mächte, sogar die Schweiz, gewährten diesem von allen verlassenen Volkstum keinerlei moralische Hilfestellung<sup>26)</sup>.

So optierten denn bis zum 31.12.1939 von 247 000 Optionsberechtigten, Deutschen und Ladinern Südtirols, 213 000, unter ihnen auch der Bischof von Brixen, „der bei seiner Herde bleiben wollte“. Einschließlich der Optanten aus dem Trentino, dem ehemals kärntnerischen Tarviser Land und der friaulischen Sprachinseln waren es 222 939. Das waren in Südtirol 86 % der Optionsberechtigten. 34 000 in ihrem Volkstum ebenso

unantastbare Südtiroler und Ladinern, auch unter ihnen hochgestellte und hochangesehene Geistliche und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft optierten für Italien. Es war eine der ersten Gewissensentscheidungen jenseits aller bis dahin gültigen Norm, wie sie der Krieg der Gewaltherrscher nachher noch so oft heraufbeschwor.

Dieses Ergebnis bedeutete die Überführung von 220 000 Personen (einschließlich der 7000 Reichsdeutschen und Österreicher) mit ihren Eigentums- und Realrechten (6 450 qkm) von 20 Milliarden Friedenslire, die Liquidierung und Überführung des Gegenwertes von 22 000 landwirtschaftlichen Betrieben, 40 000 Gebäuden, 2 970 Handelsunternehmen, 4 600 Handwerksbetrieben, 470 Angehörigen freier Berufe und 915 Gasthöfen<sup>27)</sup>.

Bei Ablauf des Termins nach drei Jahren waren abgewandert rund 70 000 Personen mit einem Besitz an Eigentumsrechten in Höhe von 1 Milliarde Goldlire, also Abwanderung von  $\frac{1}{3}$  der Optanten, die aber nur ein Zwanzigstel des Gesamtbesitzes der Optanten repräsentierten. Von den bis September 1941 abgewanderten 67 000 Personen waren 32 000 unselbständige Erwerbstätige, 11 000 Berufslose, 2000 in Heilanstalten Befindliche und 1000 in Deutschland studierende Schüler und Studenten<sup>28)</sup>.

Der Frontwechsel Italiens im Juli 1943 brachte endlich die Einstellung der Vertreibung. Die deutschen Besatzungsbehörden lösten Südtirol als „Operationsgebiet Alpenvorland“ aus der italienischen Verwaltung und verfügten die Gleichberechtigung der deutschen Sprache und den deutschen Schulunterricht für deutsche Kinder.

Die amerikanischen Besatzungsbehörden bestätigten diesen Zustand und drangen ebenfalls auf nationale Gerechtigkeit.

#### *Der Pariser Vertrag (5.9.1946) und das Autonomiestatut*

Es kamen die Friedensverhandlungen der Alliierten mit Italien. Die Südtiroler hatten die Hoffnung, daß Südtirol nun endlich das Selbstbestimmungsrecht gewährt werde, und traten in zahlreichen Kundgebungen, die von 10 000 bis 20 000 Personen jeweils besucht wurden, in Bozen, Brixen und Meran auch öffentlich dafür ein.

In beiden Häusern des britischen Parlamentes erhoben sich gewichtige Stimmen (189 Abgeordnete und Lords) für die Rückkehr Südtirols nach

<sup>24)</sup> Dolomiten (Bozen) 27. 9. 1952: „Um das Andenken eines Bischofs“.

<sup>25)</sup> Anweisung der Parteikanzlei vom 20. 5. 1938, wiederholt und verschärft im November 1938 u. Februar 1939.

<sup>26)</sup> Basler Nachrichten vom 24. Juli 1939, damals in Südtirol viel gelesen.

<sup>27)</sup> Das Hitler-Mussolini-Abkommen über Südtirol und seine Folgen. Innsbruck 1946. (Mit Genehmigung der Militärregierung, 1005).

<sup>28)</sup> P. Hermes: Die Südtiroler Autonomie, Diss. Bonn 1952.

Osterreich<sup>29)</sup>. Doch schnell verschlechterte sich die diplomatische Lage Österreichs. Italiens Wert für die Verbündeten wuchs, andererseits mußte der alte Verbündete Tito mit Istrien, Fiume bedacht werden. Triest bekam ein Sonderstatut. Das afrikanische Kolonialreich, das „Impero“, ging verloren. Eine weitere Belastung des italienischen Nationalgefühles erschien unmöglich. Man mußte die damals auf schwachen Füßen stehende Regierung Degasperis gegen die Kommunisten schützen und ging die Linie des geringsten Widerstandes, und das war Österreich. Befriedigt war man auf alliierter Seite nicht.

Vorhergegangen waren die Bemühungen des Außenministers Gruber auf der Londoner Außenministerkonferenz (11. 9.—2. 10. 1945), wo die Forderung Österreichs auf Rückgabe Südtirols zum ersten Male abgelehnt wurde, ebenso wie auf der Pariser Konferenz Frühjahr 1946 die Forderung einer Volksabstimmung. Erneute Ablehnung erfolgte am 24. Juni 1946.

Als Außenminister Gruber im September 1946 nach Paris zu den Verhandlungen fuhr, schien so bei seiner Ankunft das Schicksal Südtirols schon entschieden und nichts anderes übrig zu bleiben, als den Autonomievertrag mit Italien abzuschließen. Wieder waren es die unerfüllbaren Wünsche Italiens an der Adria, die Südtirol zum Schicksal wurden. Schon 1919 mußte Südtirol als Kompensation erhalten wegen der abgewiesenen Wünsche Italiens an der Adria, Fiume, Dalmatien<sup>30)</sup>. Damals gab Italien bindende Erklärun-

<sup>29)</sup> Winston Churchill am 4. 5. 1946 im Unterhaus: „I know of no case in the whole of Europe, more than that of the Austrian Tyrol, where the Atlantic Charter and the subsequent Charter of U. N. O. might have been extended to the people, who dwell in this small, but well defined region, which is now involved in the general settlement.“

Viscount Cranborne im Oberhaus am 29. 7. 1946: „To give the Southern Tyrol to Italy, was generally regarded, I think, as one of the worst blots on the peace settlements of that time. It was not justified either on ethnographical or on geographical grounds. It seems a sad business, that it should have to be perpetuated after the war.“

Im ähnlichen Sinne in derselben Unterhausdebatte vom 25. Juli die Abgeordneten Crosswhaiter-Eyre, Wilson Harris, Ben Levy, Mrs. Leah Manning, John Paton, Prof. Savory. Sogar Lord Vansittard am 26. 2. 1946: „There is only one thing to be done and that is to hand back the South Tyrol to Austria without further fuss or intrigue.“

Senator Vandenberg, Berichterstatter über den Friedensvertrag mit Italien im amerikanischen Senat am 16. 7. 1946: „The South-Tyrol area remains in Italy. This is the least defensible of all these decisions on ethnic grounds, because the area is predominantly Austrian.“

<sup>30)</sup> Dolomiten vom 25. 11. 1952: „Wie Degasperis die Südtiroler Probleme sieht! Seine Rede in Bozen.“

Dolomiten vom 25. 11. 1952: „Grubers Antwort an Degasperis.“ Hier wird in allerletzter Zeit anlässlich des Wahlkampfes in Südtirol nochmals die Geschichte des Pariser Abkommens aufgezeigt, und zwar von beiden Aspekten her. Interessant ist, daß Gruber dem Verlust des Ko-

gen hinsichtlich des Minderheitenschutzes ab, die nie gehalten wurden.

Man kann den Pariser Vertrag schon als ein großes Dokument von wahrhaft europäischem Geist bezeichnen. Er ist ein Teil des von den Alliierten mit Italien geschlossenen Friedensvertrages<sup>31)</sup>. Sein Wortlaut:

1. Den deutschsprachigen Einwohnern der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Ortschaften der Provinz Trient wird die volle Gleichberechtigung mit den italienischsprachigen Einwohnern im Rahmen besonderer Maßnahmen zum Schutz des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteiles zugesichert werden.

In Übereinstimmung mit schon getroffenen oder in Vorbereitung befindlichen gesetzgeberischen Maßnahmen wird den Staatsbürgern deutscher Sprache insbesondere folgendes gewährt werden:

a) Volks- und Mittelschulunterricht in der Muttersprache;

b) Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache in den öffentlichen Ämtern und amtlichen Urkunden sowie bei zweisprachigen Ortsbezeichnungen;

c) das Recht, die in den letzten Jahren italienisierten Familiennamen wiederherzustellen;

d) Gleichberechtigung hinsichtlich der Einstellung in öffentliche Ämter, um ein angemessenes Verhältnis der Stellenverteilung zwischen den beiden Volksgruppen zu erzielen.

2. Der Bevölkerung der obenerwähnten Gebiete wird die Ausübung einer autonomen regionalen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt gewährt werden. Der Rahmen für die Anwendung dieser Autonomiemaßnahmen wird in Beratung auch mit einheimischen deutschsprachigen Repräsentanten festgelegt werden.

3. In der Absicht, gutnachbarliche Beziehungen zwischen Österreich und Italien herzustellen, verpflichtet sich die italienische Regierung, in Beratung mit der österreichischen Regierung binnen einem Jahre nach Unterzeichnung dieses Vertrages

lonialreiches als Motiv für die Bestätigung der Annexion von 1920 vor den Rücksichten auf Tito-Triest den Vorrang gibt.

Besonders wertvoll der Artikel vom 29. 11. 1952: „Zum Pariser Abkommen“ des Kammerabgeordneten Dr. Otto v. Guggenberg, der als Abgesandter Südtirols bei den Verhandlungen zugegen war. Hier werden besonders deutlich die dunklen noch völlig ungeklärten Hintergründe sowohl des Pariser Abkommens als auch der nachträglichen Verkoppelung Südtirols mit dem Trentino in einer einzigen Region.

<sup>31)</sup> Abgeordneter Savory im britischen Unterhaus: „Wir sind Partner in diesem Abkommen und sind berechtigt, darüber zu wachen, daß dieses Abkommen nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach durchgeführt werde“ (Dolomiten 20. 8. 1947.)

a) in einem Geist der Billigkeit und Weitherzigkeit die Frage der Staatsbürgerschafts-Optionen, die sich aus dem Hitler-Mussolini-Abkommen von 1939 ergeben, zu revidieren;

b) zu einem Abkommen zur wechselseitigen Anerkennung der Gültigkeit gewisser akademischer Grade und Universitätsdiplome zu gelangen;

c) ein Abkommen für den freien Personen- und Durchgangsverkehr zwischen Nord- und Osttirol auf dem Schienenwege und in möglichst weitgehendem Umfange auch auf dem Straßenwege auszuarbeiten;

d) besondere Vereinbarungen zur Erleichterung eines erweiterten Grenzverkehrs und eines örtlichen Austausches gewisser Mengen charakteristischer Erzeugnisse und Güter zwischen Österreich und Italien zu schließen.

Paris, 5. September 1946.

Dr. Karl Gruber  
Dr. Alcide DeGasperi

Kurz darauf veröffentlichte die Regierung DeGasperi schon den Entwurf eines Autonomiestatutes „Trentino-Tiroler Etschland“ im Rahmen der allgemeinen Neuregelung Italiens. Innenpolitische parteitaktische Gründe veranlaßten die herrschende Regierungspartei, die Democrazia Christiana, eine regionale Aufgliederung Italiens vorzunehmen. Bisher gliederte sich Italien in 94 Provinzen. Sie sollten nun in 19 Regionen mit autonomen Rechten zusammengefaßt werden. Diese regionale Gliederung Italiens hatte also zunächst allgemein-italienische Tendenzen im Sinne und ist nicht etwa mit Rücksicht auf nationale Minderheiten geplant gewesen.

Der Statut-Entwurf Trentino-Tiroler Etschland wurde von den Südtirolern entschieden abgelehnt, da er in ihren Augen in keiner Weise dem Pariser Vertrag, der kurz vorher abgeschlossen war, zu entsprechen schien. Die Verkoppelung des Trentino mit Südtirol brachte die deutsche Volksgruppe wieder in eine Minderheit von 2:5. Sie argumentierten: „Im Pariser Vertrag ist ausdrücklich die Rede von den deutschsprachigen Einwohnern der Provinz Bozen und der ‚benachbarten zweisprachigen Ortschaften‘ der Provinz Trient. Nach der damaligen Lage konnten unter letzteren lediglich die Gemeinden gemeint sein, die zur Zeit des Abschlusses des Pariser Vertrages noch zur Provinz Trient gehört haben und die seinerzeit unter dem Faschismus vom übrigen Südtirol abgetrennt wurden, ferner um die vier deutschen Nonsberger Gemeinden und die deutschen Gemeinden des Fleimstales Truden und Altrei. Aber niemals konnte unter benachbarten zweisprachigen Ortschaften das gesamte Trentino mit 4 Städten, darunter Trient selbst, gemeint sein.“

Von den Trentiner Autonomisten wurde dieser Entwurf jedoch begeistert befürwortet. In diesem Falle fanden sich römische Zentralisten und Trentiner Autonomisten zusammen. Für erstere bedeutete die Verkoppelung Südtirols mit Welschtirol eine Verringerung der Gefahr, die sie in der Autonomie einer kleinen aber geschlossenen Minderheit sehen zu müssen glaubten. Für die Trentiner Autonomisten erschien ihre Verbindung mit der Südtiroler Autonomie als Eintritt in eine zwischenstaatlich garantierte Autonomie.

Dieses von den Südtirolern zunächst abgelehnte Statut wurde nach Erzielung verschiedener Abänderungen schließlich in der für sie im allgemeinen unbefriedigenden Form angenommen.

Der Widerstand gegen den Entwurf mußte aufgegeben werden, da die innenpolitische Situation Italiens sich schnell grundlegend geändert hatte. Die anfangs autonomiefreundliche Richtung im Parlament schwand mit der Festigung der christlich-demokratischen Regierung und deren Herrwerden über die Kommunisten. Regionen, in denen die Regierungspartei die Mehrheit hatte und die als Rückzugsgebiete für den Fall der Machtergreifung der Kommunisten im ganzen Staat gedacht waren, erschienen nun nicht mehr notwendig. So war bei weiterem Widerstand zu fürchten, daß weitergehende Autonomieforderungen zum Anlaß genommen würden, die gesamte Autonomie zu Fall zu bringen; denn außenpolitische Unterstützung war nicht zu erwarten infolge der geänderten Stellung Italiens in der Welt.

Wenn die Südtiroler dem Entwurf die Zustimmung gaben, so geschah das auch aus folgenden Gründen: Österreich, der eine Vertragspartner, dessen Regierungsmänner viel Verständnis für die Forderungen der Südtiroler nach eigener Autonomie zeigten, der sogenannten Provinzialautonomie, zum Unterschied von der auch das Trentino einschließenden Regionalautonomie, sah sich im entscheidenden Augenblick nicht mehr in der Lage, die Forderungen der Südtiroler nach einer eigenen Autonomie für ihr Land zu unterstützen. So auf sich selber angewiesen, damals noch ohne gewählte parlamentarische Vertretung, konnten sich die Beauftragten der S. V. P., die mit römischen Zentralstellen verhandelten, nicht auf die Dauer widersetzen, ohne damit die Autonomie überhaupt zu gefährden. Zudem gaben sich viele Kreise der Südtiroler der Hoffnung hin, in den Trentinern, die größtes Interesse an einer Verwaltungsautonomie hatten, entschiedene und wertvolle Mitarbeiter bei der Verteidigung der Autonomie und ihrer Einrichtungen gegenüber autonomiefeindlichen Kräften Italiens zu finden. Es fehlte auch nicht an ernster Mahnung und Warnung in der Südtiroler Bevölkerung. So hat einer der Führer der Südtiroler zwischen den beiden Weltkriegen,

Paul Baron v. Sternbach, noch kurz vor seinem Sterben in einem Schreiben an die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei gemahnt, der Regionalautonomie, das heißt der Vereinigung von Südtirol und dem Trentino in einem autonomen Verwaltungsgebiet nicht zuzustimmen. Er und viele Südtiroler fürchteten die Majorisierung der Südtiroler durch die Trentiner in einer mehrheitlich italienischsprachigen Region Trentino-Südtirol.

Am 28. 1. 1948 nahm die Kammer das Statut an, das vierte Regionalstatut nach dem für Sizilien, Sardinien und das Aostatal.

### Regionalautonomie Trentino-Südtirol

Die Hauptstadt der Region ist Trient. Der Regionalrat setzt sich aus den Mitgliedern der Landtage von Bozen und Trient zusammen (20 und 26 Abgeordnete). Von den 46 Abgeordneten des Regionalrates waren 13 Vertreter der deutschen Volksgruppe (seit 1952 15 von 48). Mit diesen gingen meist zusammen 4 italienische Vertreter einer entschiedenen trentinischen Autonomiebewegung (seit 1952: 3). Im Vorsitz wechseln die beiden Nationen ab, ebenso im Tagungs-ort alle zwei Jahre Bozen und Trient. Die Regionalregierung besteht aus einem Präsidenten und sechs Assessoren. Zwei Assessoren gehören der deutschen Volksgruppe an. Der offizielle Name lautet Region Trentino-Alto Adige, in der amtlichen Übersetzung Trentino-Tiroler Etschland. Doch bleibt der Name Südtirol für den nichtamtlichen Gebrauch gestattet.

Die Region besitzt eine ausführende und eine gesetzgebende Gewalt, teils eine solche mit Vorrang vor der staatlichen Gesetzgebungszuständigkeit, teils eine zur Vervollständigung bestimmter staatlicher Gesetze. Doch fehlen viele Ausführungsbestimmungen zum Statut, die vom Staatspräsidenten erlassen werden. In Streitigkeiten zwischen Staat und Region entscheidet der Verfassungsgerichtshof der Republik, der jedoch noch nicht gebildet ist.

Die Regionalautonomie, als eine allgemein italienisch gedachte Regelung, in der die Südtiroler nur eine Minderheit darstellen, ist mit Rücksicht auf die nationale Existenz der Südtiroler von zweitrangigem Interesse. Die im Pariser Vertrag zugesicherten autonomen Rechte und Sicherungen sind somit in erster Linie in der Provinzialautonomie der Provinz Bozen zu suchen.

Die Provinz Bozen (Südtirol) umfaßt die frühere Provinz Bozen, die in faschistischer Zeit abgetrennten Gemeinden des Unterlandes bis Salurn, sowie die vier Gemeinden der Deutschgegend im oberen Nonnsberg, und die beiden Fleimstaler

Gemeinden Truden und Altrei, jedoch nicht die schon in faschistischer Zeit zur Provinz Belluno geschlagenen ladinischen Gemeinden von Ampezzo und Buchenstein, auch nicht das ladinische Fassatal.

### Autonomie der Provinz Bozen (Südtirol)

Die Eigenart der Region Trentino—Tiroler Etschland gegenüber den andern drei bisher gebildeten Regionen ist die den beiden Provinzen Trient und Bozen innerhalb der Regionalautonomie gewährte Sonderautonomie, durch die das uns interessierende Land Südtirol eine Anzahl Befugnisse zugewiesen erhält. Diese Autonomie in der Autonomie erfüllt nach Degasperis drei Forderungen: die in Paris eingegangene Verpflichtung zugunsten der deutschen Minderheit, die der Trentiner nach einer einzigen Region und die einer Garantie der deutschen Minderheit in der Region und der italienischen in der Provinz Bozen. Sachlich jedoch ist nach einer Aussage des Ministerpräsidenten in der Kammer die Autonomie der Region Trentino-Tiroler Etschland bedeutend geringer als die der andern drei Regionen. Dementsprechend dürfte erst recht der Wert der provinziellen Sonderautonomie des Landes Südtirol einzuschätzen sein. Es besitzt primäre Gesetzgebungsgewalt in folgenden Sachgebieten: Fortbildungsschulen und Fachschulen für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, Ortsnamengebung bei Verpflichtung zur Zweisprachigkeit, heimatpflegerische und künstlerische Veranstaltungen, Raumplanung und Landschaftsschutz, Regelung der Mindestgröße für Kulturgrundstücke und Höferecht, Handwerk, Messen und Märkte, und zwar „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Rechtsordnung des Staates unter Einhaltung internationaler Verpflichtungen; unter Wahrung der nationalen Belange und unter Beobachtung der grundsätzlichen Normen der wirtschaftlichen und sozialen Reformen der Republik.“ (Art. 4 des Statuts.) Diese vieldeutigen Einschränkungen bergen eine Fülle zukünftiger Konflikte.

Die Provinz Bozen hat sekundäre Gewalt im Rahmen der von den Staatsgesetzen festgelegten Grundsätze über die Ortspolizei in Stadt und Land, die Kindergärten, das Unterrichtswesen in Volks- und Mittelschulen, den klassischen, wissenschaftlichen und technischen Unterricht, die Lehrerbildung, den Kunstunterricht und die Schulfürsorge, also dann, wenn die grundsätzliche Regelung vom Staate vorgenommen wurde.

Die Ausübung dieser Rechte kann jedoch durch Regierungseinspruch unmöglich gemacht werden. Die Gesetze der Provinz können erst verkündet werden, wenn nach Zuleitung des Gesetzesbeschlusses an den Regierungskommissar innerhalb

dreißig Tagen keine Rückverweisung an den Landtag wegen Verletzung der oben genannten einschränkenden Normen erfolgt ist. Beharrt der Landtag auf seinem Beschluß, so kann die Regierung das Gesetz innerhalb von zwei Wochen vor den Verfassungsgerichtshof bringen oder es vor dem Parlament anfechten. Da der Verfassungsgerichtshof ja noch nicht besteht, kann der Ministerpräsident durch die Erklärung, er werde es nach der Errichtung des Verfassungsgerichtshofes dort anfechten, die Verkündung des Gesetzes verhindern. Berücksichtigt man ferner, daß außerdem noch der Regionalrat und der Landtag der Provinz Trient ein Einspruchsrecht gegen vom Südtiroler Landtag erlassene Gesetze haben, so erkennt man die tatsächliche Gefährdung der Autonomie der deutschen Südtiroler.

Die Provinz hat die Verwaltungsbefugnis in den Sachgebieten, in denen sie die primäre und sekundäre Gesetzgebungsgewalt besitzt. Doch ist in der Praxis auch dieses Recht vielfach bestritten. So hat der Staat die Schulverwaltung behalten. Sie soll erst später mit Erlaß der Ausführungsbestimmungen zum Statut in beschränktem Maße auf die Provinz übergehen.

Der Landesauschuß, d. i. die Landesregierung, muß dem Statut entsprechend gemäß der nationalen Zusammensetzung des Landtages zusammengestellt sein. D. h. die Südtiroler Abgeordneten müssen eine Koalition mit einer italienischen Partei eingehen. Das bedeutet, die 15 deutschen und ladinischen Abgeordneten können keine Entscheidung gegen die 7 italienischen treffen, wenn dies zum Rücktritt der italienischen Landesregierungsmitglieder, der „Assessoren“, führen würde. Dadurch würde die Landesregierung dann lahmgelegt. Sollte sich die italienische Minderheit zu einer autonomiefeindlichen Stellungnahme entscheiden, so könnte sie so das Sonderstatut abwürgen. Die verwaltungspolizeilichen Befugnisse des Landeshauptmanns sind gering. Praktisch liegen die polizeilichen Befugnisse in der Hand des von Rom eingesetzten Regierungskommissars und sind der Autonomie der Provinz Bozen entzogen. Der Regierungskommissar in Trient und der Vizeregierungskommissar in Bozen stellen die aufsichtsführenden und mit erheblicher Macht ausgestatteten Organe der Zentralregierung dar. Auf sie gehen die meisten Machtbefugnisse des früheren Präfekten über. Außerdem hat ersterer ein direktes Aufsichtsrecht über alle autonomen Organe. Anders als bei der Sizilien gewährten Autonomie hat kein autonomes Organ staatliche Verwaltungsbefugnisse, ebenso bleibt die Verwaltungsgerichtsbarkeit Staatssache. Diese Regelungen verstoßen gegen den Autonomiebegriff an sich.

Sehr bedeutsam ist die gute finanzielle Ausstattung der Provinz.  $\frac{9}{10}$  der Grund-, Gebäude-,

Bodenertrags- und Einkommensteuer der Provinz fließen der autonomen Landesregierung zu. Ferner fließt ein Teil der Regionalsteuern, der Elektroenergiesteuer vor allem, der Provinz zu. Doch hat die Provinz kein eigenes Vermögen, wie die Region, der u. a. die ehemaligen Staatsforsten gehören.

Betrachtet man die Garantien der Autonomie, so wird ihre schwache Stellung vollends offenbar. Zwar ist das Autonomiestatut nur unter den für Verfassungsänderungen vorgesehenen Verfahren zu ändern oder aufzuheben. Doch es kann im einzelnen die finanzielle Selbständigkeit der Provinz über Antrag der Regierung und Region durch ein einfaches Gesetz zurückgezogen werden, ebenso wie die meisten übertragenen Verwaltungsbefugnisse. Die Ausführungsbestimmungen zum Autonomiestatut, deren noch sehr viele ausstehen, können durch Präsidialdekret nicht nur erlassen, sondern auch jederzeit wieder zurückgezogen werden. Der Landtag kann in gewissen Fällen ohne rechtliche Sicherung von der Regierung aufgelöst werden. Die Provinz, also das Land Südtirol, hat keine Prozeßfähigkeit vor dem Verfassungsgerichtshof, sondern nur der Regionalpräsident, der nach Lage der Dinge immer ein Italiener sein wird<sup>28)</sup>.

Es sei hier ausdrücklich erwähnt, daß die deutschen Sprachinseln im Trentino, in Friaul, das ehemals kärntnerische Gebiet von Tarvis, sowie das zur Provinz Belluno geschlagene Gebiet von Ampezzo mit insgesamt 10 000—15 000 Deutschen von den Auswirkungen des Pariser Vertrages nicht betroffen werden.

Amtssprache bleibt Italienisch (während das Pariser Abkommen völlige Gleichberechtigung der beiden Landessprachen vorsah), doch ist der Gebrauch der deutschen Sprache vor allen öffentlichen Stellen und auch innerhalb der kollegialen autonomen Organe, vor allem im Landtage, immer zulässig, ebenso wie die Behörden mit den Parteien in deren Muttersprache verkehren sollen. Auch das Ladinische genießt einen, wenn auch beschränkten Schutz. Eine große Enttäuschung bedeutete die in diesem Sommer gegebene Anordnung, im inneramtlichen Verkehr allein die italienische Sprache zu verwenden. Das würde bedeuten, daß der Landeshauptmann mit seinen Bürgermeistern in den Gemeinden, die zumeist als Bauern des Italienischen gar nicht mächtig sind, in italienischer Sprache verkehren müßte, der deutsche Schuldirektor in Bozen mit seinen Rektoren ebenfalls, obwohl hier Deutsche mit Deutschen verkehren<sup>32)</sup>.

Eine Anerkennung des deutsch- bzw. ladinischsprachigen Bevölkerungsteiles ist nicht erfolgt, wohl aber wurde allen Bürgern der Region ihre Gleichberechtigung individuell gewährt.

<sup>32)</sup> Dolomiten vom 16. 5. 1952. L'Adige vom 31. 5.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Polizeigewalt, Finanzhoheit, eigenes Vermögen und selbständiges Schulwesen, jene Pfeiler einer eigentlichen Autonomie, Südtirol vorenthalten wurden. Andererseits wurde der Region und den beiden Provinzen eine eigene Gesetzgebungsgewalt zugestanden, die allerdings durch das Aufsichtsrecht staatlicher Organe sehr beschränkt wurde, wie die praktische bisherige Ausübung dieses Rechtes erwies. Hinzu kommt, daß der größte Teil der Ausführungsbestimmungen zum Statut bis heute — fast fünf Jahre nach dem Inkrafttreten, noch nicht erlassen sind. Gerade aber diese letztere Tatsache läßt die Hoffnung offen, daß im Erlaß dieser Ausführungsbestimmungen dem bisherigen loyalen Zusammenarbeiten der Volksgruppen in den kollegialen Organen des Regionalrates und Provinziallandtages, sowie auch in den Gemeinderäten Rechnung getragen wird und die kommenden Ausführungsbestimmungen weitherzigere Auslegungen des Statuts vornehmen als bisher.

Es stehen sich bei vielen dieser Differenzen zwei völlig verschiedene politische Traditionen gegenüber. Was der Italiener mit seinem überlieferten zentralistischen Staatsaufbau sich unter starken Bedenken als autonomistisches Zugeständnis abringt, muß dem Tiroler mit seinen altüberlieferten Vorstellungen von Selbstverwaltung als selbstverständliche Freiheit erscheinen, die er in der Tat auch niemals in seiner Geschichte zu illoyalen Handlungen mißbraucht hat. Ein völliger Fremdkörper in überlieferten Tiroler Vorstellungen von Selbstverwaltung ist der Gemeindegemeinsekretär, der in jeder Gemeinde vom Staat in Rom ernannt wird. Dieser Sekretär, vielleicht als Ausdruck des Mißtrauens der Zentralverwaltung der Selbstverwaltung zurückgebliebener Gemeinden des Mezzogiorno durchaus berechtigt, wirkt in Südtirol besonders stark als Fremdkörper inmitten anderer autonomer Befugnisse auf den höheren Verwaltungsebenen.

Bisher hatte der Provinziallandtag in seiner vierjährigen Tätigkeit auf Grund seiner verfassungsrechtlichen Befugnisse sechs Gesetze ausgearbeitet und angenommen, von denen fünf, hiervon vier endgültig, von der italienischen Regierung abgelehnt wurden, unter ihnen 1. eine Sesshaftigkeitsklausel für die Landtags- und Kommunalwahlen, 2. die Tiroler Handwerksordnung und 3. das Tiroler Höferecht. Diese Gesetze waren teilweise fast einstimmig angenommen worden. Für das Höferecht stimmte sogar der neofaschistische Abgeordnete. Diese Gesetze, von denen ja gerade das Höferecht von fundamentaler Bedeutung für die Zukunft des Landes ist, wurden aus formalverfassungsrechtlichen Gründen abgelehnt. Die

Möglichkeit, gegen diese Einsprüche der Zentralgewalt zu rekurrieren, ist zwar theoretisch, doch nicht praktisch gegeben, da der zuständige Verfassungsgerichtshof noch nicht gebildet ist. Es enttäuschte diese Ablehnung der mit großer Mehrheit einschließlich der italienischen Abgeordneten angenommenen Gesetze um so mehr, als insbesondere die beiden Entwürfe über das Höferecht und die Handwerksordnung in der italienischen Presse und den zuständigen Ministerien ein außerordentlich günstiges Echo gefunden hatte<sup>33</sup>).

*Die Industrialisierung des Landes  
als Voraussetzung für die starke italienische  
Zuwanderung*

Das brennende Problem Südtirols ist die Zuwanderung aus dem Süden Italiens, die unter Duldung der staatlichen Behörden und Förderung durch die politischen Parteien und Verbände vor sich geht. Gewiß muß man gerechterweise das Problem auch unter dem allgemeinen italienischen Gesichtspunkt sehen, daß Italien seit je das Land der Auswanderer ist, dem nun die meisten Tore verschlossen sind. So vollzieht sich heute insbesondere nach Bozen hin eine Einwanderung, die sich kaum von jener nach Übersee unterscheidet. Wir haben in Bozen im kleinen ähnliche Elendsgebiete frischer Zuwanderer, wie sie uns aus Rio oder Buenos Aires geschildert werden. Derselbe Auswanderer, der früher seinen Mantelsack mit seinen Habseligkeiten über die Schulter warf, um nach Übersee zu fahren, setzt sich nun, von Vorgängern angelockt, in Kalabrien oder Apulien auf die Eisenbahn und fährt nach Bozen, meist geleitet von der dumpfen Hoffnung, irgendwie beim Bau der Elektrizitätswerke eine Arbeit zu finden. Hier sucht er sich in Trümmergrundstücken eine notdürftige Unterkunft und wartet auf ihm zusagende Arbeitsmöglichkeiten. Zur Beseitigung dieser unhaltbaren Wohnungszustände werden Wohnungen gebaut und die Elendsquartiere geräumt, die kurz darauf von neuem besetzt sind, und das Spiel wiederholt sich. Dabei ist die Zuwanderung durchaus illegal, insofern eindeutige arbeitsrechtliche Bestimmungen die Vermittlung provinzfremder Arbeitskräfte verbieten, solange provinzeigene Arbeitslose vorhanden sind. Alle Bemühungen, das ausschließlich mit Italienern besetzte staatliche Arbeitsamt auch mit Südtiroler Beamten zu besetzen und so einen Einfluß auf die Einstellung von Arbeitskräften zu gewinnen, sind gescheitert. Noch in seiner Rede vom 25. 5. 1953 verlangte Degasperri in Trient von den Südtirolern die rückhaltlose Anerkennung der Berechtigung dieser Zuwanderung.

<sup>33</sup>) Il Popolo (Rom) vom 12. Sept. 1952 zum Handwerksgesetz.

Jedoch ist diese Zuwanderung aus dem Süden nicht allein auf Südtirol beschränkt, sondern ein allgemein norditalienisches Problem — wenn auch gewiß nicht in dem Maße —; das zeigt eine Artikelserie des „Campo di Siena“, die sich mit diesen Fragen befaßte und von der Klage über die Zuwanderung aus Süditalien durchzogen ist<sup>34)</sup>.

Aufgenommen werden diese Arbeitskräfte von der Industrie, die aber zur Zeit in einer gewissen Krise sich befindet und ihre Grenzen gefunden zu haben scheint. Die Grundlage dieser Industrie ist der Reichtum des Landes an Wasserkraften. 1939 erzeugte Südtirol 1,3 Milliarden kWh, Gesamt-Italien 16,0 Milliarden, das ist 8,1 % der italienischen Produktion. Nach dem Innenverbrauch durch Bevölkerung, Eisenbahnen und vor allem die Bozener Industriezone verbleiben rund 500 Millionen kWh für die Ausfuhr nach Italien. Bekanntlich war eines der stärksten Argumente Italiens für das Verbleiben Südtirols bei Italien der Hinweis auf sein in den Wasserkraften investiertes Kapital. Österreich hatte dem in seinen Vorschlägen zum Friedensvertrag durch das Angebot eines Sonderstatuts der Industrie für den Fall der Rückgliederung Rechnung getragen<sup>35)</sup>.

Im einzelnen gab es in Südtirol 1942/43 folgende Unternehmungen zur Ausnutzung der Wasserkräfte des Landes<sup>36)</sup>:

Azienda Eletticità Consorziale (Etschwerke)	PS 40 000
Montecatini (Sinich bei Meran, Waidbruck, Brixen)	PS 227 000
Società Idroelettrica Piemontese (Kardaun)	PS 142 000
Soc. Trentina di Eletticità (Gröden)	PS 5 000
Soc. Generale Eletticità Cisalpina (Pfitsch)	PS 26 000
Andere kleinere Werke	PS 8 000
	<hr/>
	PS 448 000

Im Ausbau waren damals und zum größten Teil mittlerweile ausgebaut

Soc. Trentina di Eletticità (Talferwerk)	PS 60 000
Montecatini (Reschen, Schnals u. Martell)	ca. PS 200 000

1951 wurden in Südtirol 2,62 Milliarden kWh produziert, davon wurde die Hälfte im Lande verbraucht<sup>37)</sup>.

Aber schon sind weitere große Werke geplant, unter anderen ein großes Werk zur Ausnutzung der Talstufen von Rienz und Eisack oberhalb Brixen, ferner im unteren Passeier, im Ridnaun. Ganz neuerdings wurde ein Plan zum Ausbau des Ultentales bekannt, mit einem Stausee, dem viele

Höfe zum Opfer fallen würden<sup>38)</sup>. Auch diese Pläne bedeuten erneute Beunruhigung der Bauernschaft; denn Entschädigungen wurden bisher nur in unzureichendem Maße bezahlt, besonders insofern sie in Geld und nicht in Bereitstellung von neuem Grund und Boden erfolgten<sup>39)</sup>. Daß die Hochspannungsmasten ohne die mögliche Schonung das Landschaftsbild verschandeln, ist nicht nur ein sentimental aufzufassender Schaden, sondern bedeutet auch etwas in einem Lande, in dem das Südtiroler Volkstum etwa eine Viertelmilliarde Goldlire in Fremdenverkehrseinrichtungen investiert hat. Noch bedenklicher sind diese Einrichtungen und Pläne weiterer Wasserkraftwerke mit Rücksicht auf die außerordentlich hochstehende Landwirtschaft. Wir sind in einem inneralpinen Lande mit durchaus unzureichender Beregnung der Täler. Die natürliche Vegetation ist auf weite Strecken hin ausgesprochene Steppenheide, so daß nur die zum Teil schon auf vordeutsche Konstruktion zurückgehenden Bewässerungsanlagen jene hochintensiven Obst- und Weinkulturen ermöglichen können. Die Wasserkraftwerke bedeuten einen Eingriff in den Wasserhaushalt, Senkung des Grundwasserspiegels, die schon starke Schäden in der landwirtschaftlichen Produktion hervorrief. Hinzu kommen die endlosen rechtlichen Auseinandersetzungen der Bauern mit den allmächtigen Industriekonzernen. Gab es doch in dem trockenen Sommer 1952 regelrechte Bauernrevolten gegenüber den Werken, die berechtigt zu sein glaubten, weniger Bewässerungswasser zuteilen zu dürfen, als den tatsächlichen Bedürfnissen entsprach<sup>40)</sup>. So schafft der Bau von Elektrizitätswerken in dem von Natur aus trockenen Lande Probleme, die sich in andern, besser beregneten Gebieten nicht in diesem Umfang ergeben. Ihre Lösung ist erschwert dadurch, daß die Ausführungsbestimmungen zum staatlichen Energiegesetz bis heute nicht erlassen sind.

Diese Wasserkräfte sind die Grundlage für die Industrialisierung des Landes, die zusätzlich italienische Menschen ins Land schaffen sollte, da sich der faschistische Plan einer landwirtschaftlichen Siedlung als undurchführbar, zum mindesten als sehr zeitraubend erwiesen hatte. Dem ersten Werk, dem 1926 entstandenen Stickstoffwerk am Sinich bei Meran (Höchstzahl 700 Arbeiter) folgte 1936 die Gründung der Industriezone von Bozen in den Auen und Obstwiesen zwischen Bozen und Leifers.

<sup>34)</sup> Wiedergegeben in Voce della Montagna vom 11., 18. und 25. 5. 1952.

<sup>35)</sup> Memorandum der Österreichischen Regierung zur Südtiroler Frage vom 20. April 1946. Europa-Archiv, 1. Jahr, 1. Folge, Juli 1946.

<sup>36)</sup> G. G. Weigand: „The cultural Pattern of South Tyrol“. Chicago 1946.

<sup>37)</sup> Alto Adige vom 15. 7. 1952.

<sup>38)</sup> Alto Adige vom 16. 4., 29. 5. 1952. Dolomiten vom 16. 12. 1952.

<sup>39)</sup> Dolomiten vom 17. 5. 1952, Der Südtiroler vom 26. 4. 1952, Volksbote 31. 7. 1952.

<sup>40)</sup> Dolomiten vom 24. Mai 1952: „Schützt die Bewässerung!“ 13. 6. 1952: „Die Bevölkerung von Latsch greift zur Selbsthilfe.“

Das größte Werk, 1937 gegründet, ein Zweigwerk der Soc. Lancia & Co. (Sitz Turin) beschäftigt zur Zeit etwa 2000 bis 2500 Arbeiter, der Höchststand war 5000 Arbeiter. Es fertigt hauptsächlich Einzelteile für Personen- und Lastkraftwagen und hatte in der Nachkriegszeit verschiedentlich mit Krisen zu kämpfen, die durch Vergabung von Staatsaufträgen notdürftig beigelegt werden konnten. Der wirtschaftsstrukturelle Fehler des Werkes liegt in der abseitigen Lage der Fabrikation, die ja politische, nicht wirtschaftliche Erwägungen zur Grundlage hatte: Komplizierter Arbeitsgang mit Hin- und Herversendung für bestimmte Montagearbeiten. Seit 1951 stellt das Werk in Bozen in alleinigem Arbeitsgang einen Lastkraftwagen „Lancia Beta“ her. Auch von „Neutralen“, so dem „Standpunkt“ in Meran, einer Zeitung in deutscher Sprache, die sich in Südtiroler Fragen als der Regierung nahestehend erwies, werden die Lanciawerke Bozen aus Transport- und Standortgründen als unrentabel bezeichnet.

Ein weiteres Autowerk ist das Viberti-Werk (Sitz Turin), das Autokarosserien herstellt. Auch dieses Werk hat aus denselben Gründen mit Krisen zu kämpfen, die zu Entlassungen führten<sup>41)</sup>. Es werden 170 (Höchstzahl 230) Arbeiter beschäftigt.

Weiter findet sich in der Industriezone ein Zweig der Stahlwerke Falck (Sitz Mailand), das sich mit der Herstellung von Spezialstählen, Halbfabrikaten, Rasierklingen usw. beschäftigt: normalerweise 800 bis 1000 Arbeiter, das Magnesiumwerk der Firma SAIM (Sitz Rom) zur Erzeugung von Magnesium und Magnesium-Legierungen sowie Gußeisen, Eisenlegierungen und Karbid mit 400 bis 500 Arbeitern und das Aluminiumwerk der Montecatini mit etwa 600 bis 700 Arbeitern. Gerade die letzten drei Werke zeigen die Unzweckmäßigkeit ihrer geographischen Lage in besonders hohem Maße. Müssen doch die Rohstoffe von weither mit der Eisenbahn herangebracht werden. Die Roherze des Aluminiumwerkes kommen zu Schiff vom Monte Gargano nach Venedig, werden dort einer Vorbehandlung (Röstung) unterworfen und dann erst nach Bozen transportiert. Das Magnesiumwerk bekommt seine Rohstoffe von Mezzocorona, jenseits der Sprachgrenze, so daß man eigentlich das Werk wohl besser dorthin gelegt hätte. Gerade der Vorzug der Elektrizität, ihre leichte Übertragbarkeit, hätte, rein wirtschaftlich gesehen, verkehrsgünstigere Standorte erlaubt. Auch bevölkerungspolitisch waren keine günstigen Voraussetzungen gegeben, es fehlte der Bevölkerungsüberschuß oder auch nur der Facharbeiterstand, der auf Industrialisierung gedrängt hätte. So mußte man nicht nur die Rohstoffe impor-

tieren, sondern auch die Arbeitskräfte. Eben letzteres war ja der Sinn des faschistischen Unternehmens, der Industriezone von Bozen, die nach normalen wirtschaftlichen Gesichtspunkten Milliarden von Liren fehlgeleiteten Kapitals bedeutet, nicht nur in den Werken, sondern auch in den zahlreichen notwendigen Wohnbauten. Ohne staatliche Unterstützung in irgendeiner Form sind diese Werke nicht lebensfähig.

Die bisher genannten Werke umfassen etwa vier Fünftel der Gesamtarbeiterschaft der Industriezone Bozen. Hinzu kommt an kleineren Werken eine Schuhfabrik, eine Destillerie, ein Werk zur Herstellung von Holzwolle und einige kleinere Unternehmen.

Die Industriezone mit ihren Arbeitern, aber auch ihren Verwaltungen, mit den in ihrem Gefolge sich ansiedelnden Geschäften des täglichen Bedarfs muß man in Rechnung ziehen, wenn man die später zu nennenden Bevölkerungszahlen verstehen will. Im ganzen will es doch scheinen, als ob die großen Zeiten der Ausdehnung der Bozener Industriezone vorbei sind<sup>42)</sup>.

#### *Kultur, Wirtschaft und Verwaltung in den ersten vier Jahren Südtiroler Autonomie*

Sucht man den derzeitigen Zustand und die nunmehr 4jähr. Wirksamkeit des Autonomiestatus zu fixieren, so ist vorweg zu sagen, daß vor allem auf kulturellem Gebiet der demokratische Staat Südtirol viel Erleichterungen gebracht hat. Italien ist ein Rechtsstaat, der Druck der Confinierungen (Konzentrationslager) besteht nicht mehr. Bedeutsam ist vor allem die im demokratischen Italien wiederhergestellte Pressefreiheit, die in einem Lande, in dem sich nunmehr zwei Volksgruppen aneinander anpassen müssen, doppelt wertvoll ist. Die deutschsprachige Presse ist in erster Linie durch die Zeitungen des katholischen Verlages „Athesia“ Bozen, des Nachfolgers der früheren Tyrolia, des späteren Vogelweider Verlages repräsentiert. Vor allem die Tageszeitung „Dolomiten“ steht auf sehr hohem Niveau, bedeutend höher als es sonst Zeitungen eines derartig provinziellen Charakters zu haben pflegen. Sie ist eine würdige Repräsentation des Deutschtums in Italien überhaupt und wie alle Zeitungen des Athesiaverlages eine überaus wachsame Vertreterin der völkischen Interessen Südtirols. Außerdem erscheint im Athesia-Verlag „Der Volksbote“, ein Wochenblatt, insbesondere für die bäuerlichen Haushalte und „Der Schlern“, eine wissenschaftliche, heimatkundliche Monatszeitung, wie sie angesichts der Kleinheit des Landes kaum zu erwarten wäre und ihresgleichen in andern deutschen Landschaften nicht

<sup>41)</sup> L'Adige vom 15. 5. 1952, Alto Adige v. 17. 5. 1952.

<sup>42)</sup> L'Adige vom 30. 5. 1952.

hat. Außerdem kommt im selben Verlag heraus das „Katholische Sonntagsblatt“, die „Frau“ und die „Jugendwacht“. Sogar eine italienischsprachige Zeitung gibt der Verlag heraus, die „Voce della Montagna“ für die italienischsprachigen Mitbürger, mit Verbreitung in Bozen, im Unterland und Trentino. Vertreter einer zahlenmäßig geringfügigen linksgerichteten Gruppe ist der auch in Deutschland viel gelesene „Standpunkt“, der in Südtiroler Fragen das Sprachrohr der Zentralregierung ist. Die italienische Presse Südtirols spiegelt das ganze bunte Bild des italienischen Parteilebens wieder. Führend sind hier die Zeitungen der Democrazia Christiana (DC): „L'Adige“ erscheint in Trient und trägt mehr den regionalen Sonderwünschen der welschtiroler Bevölkerung Rechnung, während das „Alto Adige“ (Bozen) die streng zentralistische Richtung innerhalb der DC vertritt, dem fast ganz aus Altitalien stammenden italienischen Bevölkerungsteile Südtirols Rechnung tragend. Bemerkenswert ist noch das chauvinistische, ebenfalls von Altitalienern viel gelesene „Bolzano nuovo“. Deutsch geschrieben ist noch ein unregelmäßig erscheinendes Blatt „Der Südtiroler“, Organ der KPI.

Neben der Pressefreiheit wirkt sich das befreite Vereinsleben wohltätig wieder in der Entfaltung der kulturellen Kräfte des Landes aus. Der Alpenverein Südtirol erstand wieder auf alten Traditionen, die Musikkapellen, die Theatervereine lebten wieder auf und sorgten dafür, daß uralter Tiroler Volksbrauch nicht untergeht.

Dankbar haben die Eltern die Einführung der deutschen Volksschule entgegengenommen, war doch das Schrecklichste der verflossenen faschistischen Zeit das Martyrium der Kinder in den „Katakombenschulen“. Der Unterricht erfolgt vom ersten Jahr an in der deutschen Muttersprache von deutschen Lehrern, die in einer eigenen Lehrerbildungsanstalt in Meran ausgebildet werden. Hinzu kommt eine Stunde täglichen italienischen Unterrichts, der von einem italienischen Lehrer erteilt wird, eine Einrichtung, die nur begrüßt werden kann im Sinne der Erhaltung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Südtirolers innerhalb des Staates, in den ihn nun einmal ein politisches Schicksal verschlagen hat. In Bozen, Meran, Brixen und Bruneck bestehen Mittelschulen mit deutschen Lehrern. Hier fehlt es allerdings an Nachwuchs von jüngeren Professoren besonders in den naturwissenschaftlichen Fächern, da die verflossene Zeit es kaum einem jungen Menschen ratsam erscheinen ließ diesen Beruf zu wählen.

Im Schuljahr 1950/51 gab es in Südtirol (in Klammern die entsprechenden italienischen Zahlen) Schulorte mit staatlichen deutschen Volksschulen

423 (186) mit 1038 (457) Volksschulklassen und insgesamt 31 953 deutschen (12 442) Schülern. Die Ladinier hatten außerdem an 16 Schulorten 60 Volksschulklassen mit 2 064 Schülern. Die Zahl der deutschen Volksschullehrer betrug 1 087, die der italienischen 464, der ladinischen 65. Außerdem gab es im selben Schuljahr 374 italienische Lehrpersonen der zweiten Sprache, Deutsch in italienischen, Italienisch in deutschen Schulen.

An Mittelschulen (Gymnasien, Gewerbe-, Handelsschulen usw.) gab es in Südtirol 27 deutsche (32) an 8 (7) Orten mit 2 228 (4 415) Schülern. An den deutschen Mittelschulen unterrichteten 151 Lehrpersonen. Hinzu kommt noch die deutsche Lehrerbildungsanstalt in Meran mit 200 bis 250 Schülern. Im Verhältnis der deutschen zu den italienischen Mittelschülern, doppelt so viel italienische wie deutsche, kommt der vorwiegend städtische Charakter der italienischen Bevölkerung zum Ausdruck.

Mit Sorge erfüllt allerdings die deutsche Elternschaft eine von italienischer Seite in Erwägung gezogene Ausführungsbestimmung zum Autonomiestatut, die das Recht der Eltern auf Wahl der Schule — deutsche oder italienische — beeinträchtigen soll. Nur einstweilen ist es gelungen, diesen Rückfall in faschistische Vorstellungen zu verhindern, aber noch immer droht die Gefahr staatlicher Kommissionen, welche die Nationalität des Schulkindes bestimmen sollen<sup>43</sup>). Die ladinische Schule liegt noch sehr im argen. Hier gibt es besonders schwierige Probleme. Diese Schule soll dreisprachig sein: ladinisch, deutsch und italienisch. Aber die Erlernung von drei Sprachen ist natürlich ein Problem pädagogischer Art bei einem Bergbauernkind, auch dann, wenn man die besondere Gewecktheit des Tiroler Menschenschlages in Rechnung stellt. So ergibt sich der unbefriedigende Zustand, daß in Ladinien die deutsche Sprache vernachlässigt wird, das um so mehr, als die ladinische Schule nicht dem Schulamt der autonomen Provinzbehörden untersteht, sondern dem italienischen Schulamt.

Ein noch unerfüllter Wunsch der Südtiroler ist die Rückgabe der Kindergärten, die noch immer im Besitz der „Opera nazionale d'Italia redenta“ sind.

Schwierige Fragen birgt das Problem des Universitätsstudiums der Südtiroler. Erreicht wurde ein Studientitelgesetz, das akademische Grade, Examen und Berechtigungen, die Südtiroler an deutschen und österreichischen Universitäten in der Optionszeit erworben haben, auch in Italien mit allen Folgerungen anerkennt. Leider hat

<sup>43</sup>) G. G. „Südtirol, Brücke oder Zankapfel“, Zeitschrift für Geopolitik, 1951, Heft 11.

dieses Gesetz jedoch nur rückwirkende Kraft und schafft keine Erleichterungen für den heutigen Besuch deutscher, schweizer oder österreichischer Universitäten. Doch ist zu hoffen, daß kommende Kulturabkommen zwischen Österreich und Deutschland einerseits und Italien andererseits hier wahrhaft europäische Lösungen schaffen werden und die Anerkennung und berufliche Berechtigung hüben wie drüben für die Akademiker herbeiführt, da nun einmal Südtirol zu klein ist, als daß es sein Bildungswesen mit einer Universität krönen könnte<sup>44)</sup>.

Das äußere Bild der Städte und Dörfer hat durch die Doppelsprachigkeit der Aufschriften ein wesentlich anderes Gesicht bekommen, als es die faschistische Zeit bot. Auch die Eisenbahnstationen lauten zweisprachig in Beschriftung und Aus-rufung. Die unmenschliche Forderung der nur italienischen Grabinschriften ist selbstverständlich gefallen und an den schönen Höfen des Südtiroler Landes prangen wieder in schönen gotischen Lettern die alten Hofnamen.

Hinsichtlich der Doppelsprachigkeit gibt es noch manche unbefriedigenden Zustände. Im November 1951 kam ein verklausuliertes Präsidialdekret zur Doppelsprachigkeit heraus, das auf fünf Jahre befristet war und lauter Kannvorschriften enthielt, im ganzen aber auf die Südtiroler enttäuschend wirkte. Im allgemeinen gilt die Regelung, daß das Amt doppelsprachig sein müsse, nicht der Beamte. Ein Dolmetscher muß genügen. Von den Südtiroler Abgeordneten wurde diese Form der Doppelsprachigkeit als „koloniales Dolmetschersystem“ heftig angegriffen<sup>45)</sup>. Eine wirkliche Doppelsprachigkeit gäbe den Südtirolern eine Chance im Staatsdienst. Früher war es ja vielfach so, daß die weichenden Erben der Höfe in den staatlichen Stellungen der k. u. k. Post oder der Eisenbahn oder anderer Behörden ein Unterkommen fanden. Allerdings muß auch gesagt werden, daß bei den bisherigen Stellenausschreibungen, bei denen auch Südtiroler eine Chance gehabt hätten, sich oft die Südtiroler nur recht wenig meldeten. Einmal ist die Bezahlung der Beamten wenig verlockend, aber auch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte lassen den Südtiroler mißtrauisch dem Staatsdienst gegenüberstehen. Vor allem sind solche Beamtenlaufbahnen unbeliebt, die der in zentralistisch regierten Ländern üblichen „periodischen Rotation der Beamten“ und der Gefahr der Versetzung nach Altitalien unterliegen. Andererseits gibt es seit der

Abwanderung der 70 000, die noch längst nicht wieder ausgeglichen ist, in der deutschen Privatwirtschaft, im Hotelgewerbe, das ja besonders stark von der Vertreibung betroffen wurde, im Handel, in der Kleinindustrie und im Handwerk noch genügend Lebensmöglichkeiten, die einstweilen verlockender sind. Doch wird sich mit der schnell vor sich gehenden Auffüllung dieser Lücken der Optionszeit das Bild sehr schnell ändern.

Wie dieses Beamtenproblem sich von der andern Seite her ansieht, zeigte Degasperri in seiner Rede in Trient am 25. Mai 1953: „Endlich einmal sind wir mit Mussolini gleichen Sinnes, der einmal im Jahre 1938 sagte, um Südtirol zu entdeutschen, gebe es nur eine Methode: Die Südtiroler nicht zu isolieren und sie am Leben der Nation teilnehmen zu lassen. Ich habe sie wissen lassen, daß sie in die Karrieren des Königreiches eingereiht werden und Abgeordnete und Minister werden können.“ Man sah in Südtirol in dieser durchaus positiven Zitierung Mussolinis ein offenes Bekenntnis zur Fortsetzung der mit staatlichen Mitteln erstrebten Entnationalisierung, wie sie schon der Faschismus eingeleitet hatte.

Hervorzuheben ist, daß zur Entspannung des Verhältnisses zwischen den Völkern das von der Kammer beschlossene Gesetz beigetragen hat, welches die Möglichkeit schuf, Beamte, die für Deutschland optiert hatten und demgemäß aus dem Staatsdienst ausgeschieden waren, — es waren allerdings nur sehr wenige —, gleichviel ob abgewandert oder nicht, wieder in den Staats- oder Kommunaldienst einzustellen oder sie in ihre Rechte als Pensionäre wieder einzusetzen, so daß manchem so die Möglichkeit zur Rückkehr in seine Heimat gegeben wurde<sup>46)</sup>. Diesem Vorgehen des Staates schlossen sich die Gemeinden an, auch da wo, wie in Bozen und Meran, die Mehrheit der Gemeinderäte italienisch ist. Die dabei von italienischer Seite zum Ausdruck gebrachten humanen Motive haben vielfach versöhnlich gewirkt. Ähnlich sympathisch wirkte das Verhalten des italienischen Kriegsversehrtenverbandes, der sich ohne jeden Vorbehalt für die Rechte der deutschen Kriegsoffer, soweit sie in der deutschen Wehrmacht dienten und die bis heute noch keine irgendwie geartete Kriegsfolgenrente bekommen, einsetzte.

Der zweite Hauptpunkt des Pariser Vertrages war die Regelung der Wiedereinbürgerung und der Rückwanderung der abgewanderten Optanten aus den Jahren 1939/43. Unter welchem Gesichtswinkel auch hier wieder die Regierung das Problem anders sehen zu müssen glaubt als die Süd-

<sup>44)</sup> „Standpunkt“, Meran, vom 7. 12. 1951: „Akademische Fragen“, 21. 3. 1952: „Zum Kulturabkommen“.

<sup>45)</sup> Regionalrat Benedikter in der Regionalratssitzung vom 28. 3. 1952. (Dolomiten vom 29. 3. 1952.)

<sup>46)</sup> Dolomiten vom 10. 7. 1952.

tiroler, denen Reoption und Rückwanderung als höchste Treuepflicht gegenüber dem angestammten Volkstum erscheint, kam in der schon erwähnten Rede Degasperis vom 25. 5. 1953 zum Ausdruck. „Es sei gleich gesagt, daß es keine Deutschen in Südtirol gibt. (— Wozu hätte man dann den Pariser Autonomievertrag geschlossen?! —) Es gibt nur italienische Staatsbürger, die aus freier Wahl durch den feierlichen Akt der Ablehnung der Option im Jahre 1939 oder den noch feierlicheren Akt der Reoption von 1948 zu solchen wurden.“ In einer Antwort der Dolomiten auf diese Fehldeutung der Option „Aus eigener Wahl?“ heißt es in einer längeren und klaren Formulierung des heutigen Standpunktes der Südtiroler: „Bei der Annexion Südtirols durch Italien im Jahre 1920 waren wir ‚Muß-Italiener‘ und nicht solche nach ‚freier Wahl‘ geworden. Nach der obigen Darstellung wäre aber dieser Zwangszustand 20 Jahre später aufgehoben worden durch den neuen Zwangszustand des Hitler-Mussolini-Abkommens, zwischen der italienischen und der deutschen Staatsbürgerschaft wählen zu müssen, letztere jedoch mit der Verpflichtung, Haus und Hof, Volk und Heimat zu verlassen.“ Nach einer Darlegung der verschiedenen Proteste der Bevölkerung, Gemeinden, Parteien und der vier Kammerabgeordneten nach ihrem Einzug in das Parlament gegen die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes in den Jahren 1919 bis 1921 heißt es dann: „Diese Willenskundgebungen unseres Volkes und seiner Vertreter, die zweifellos dartun, daß die Südtiroler keineswegs ‚aus freier Wahl Italiener‘ geworden sind, sind niemals widerrufen worden. Auch durch Option und Rückoption fand dieser Zustand keine Änderung, denn als wir, von Mussolini und Hitler gewissermaßen an die Wand gestellt, zur Option zwischen Deutschland und Italien genötigt wurden, wollten wir ebenso wenig wie im Jahre 1920 ‚aus freier Wahl‘ Italiener werden, weder indem wir erklärten, die italienische Staatsbürgerschaft, die uns durch die Annexion des Landes auferlegt war, behalten zu wollen, um im Lande verbleiben zu können, noch indem wir ‚rückoptierten‘. Auf Verbleib im Lande bzw. auf die Heimkehr haben wir unabhängig von dem Willen der Tyrannen und unabhängig von jeder Option einen rechtlichen Anspruch, vom Naturrecht her, d. h. von Gott. Weder für Optanten noch für Nichtoptanten konnte dieses Recht aufgehoben werden — durch das in der Abmachung der beiden Diktatoren enthaltene grausame Entweder — Oder: auf die eigene Volkszugehörigkeit zu verzichten oder das Land zu verlassen. Die Rückoptanten wollten nichts anderes als in den Schoß ihres eigenen Volkes zurückkehren. Der Wiedererwerb der

italienischen Staatsbürgerschaft war dafür die Voraussetzung. Sie erfüllten und übernahmen damit auch bereitwillig die Verpflichtung der Loyalität gegenüber dem Gaststaat.“

Im übrigen ist das Optantenproblem noch immer nicht befriedigend gelöst. Während landfremde Italiener ungehemmt ins Land strömen — in den letzten vier Jahren allein gering geschätzt 20 000 —, sind seit der Errichtung der Autonomiebehörden höchstens 7500 heimatberechtigte Südtiroler zurückgekehrt. Die Re-Optionen werden seit zwei Jahren nur sehr schleppend bewilligt. Heute warten noch immer mindestens 15 000 Südtiroler in Österreich auf die Rückkehr in ihre Heimat. Der Wohnungsbau für Heimkehrer liegt sehr im argen. Es müßten ferner für sie Arbeitsstellen geschaffen und Unternehmungen gewerblicher Art gegründet werden. Aber das geht über die Kraft der autonomen Provinzbehörden. <sup>1/10</sup> der gesamten Landesmittel wurde für Rückwanderer aufgebracht <sup>47)</sup>. Noch im Jahre 1952 wurden vorgesehene Ausgaben der Provinz Bozen für die Rücksiedler vom Rechnungshof bestritten, da sie angeblich nicht zur Kompetenz der Provinz Bozen gehören <sup>48)</sup>. Staatsmittel werden für diesen Zweck in nur ungenügendem Maße bewilligt. Italien, das alte klassische Land der Überbevölkerung und des Auswanderungsüberschusses, sieht dieses Problem nur allzu sehr unter dem Gesichtswinkel dieses italienischen Schicksals.

Am 11. 2. 1953 genehmigte der Regionalrat zwei Initiativgesetzentwürfe zur Vorlage in Rom, welche die Gleichstellung der Südtiroler Rücksiedler mit den italienischen Flüchtlingen aus Triest und Dalmatien und die Gewährung einer staatlichen Kredithaftung bei Errichtung von kleinindustriellen und handwerklichen Betrieben für Rücksiedler vorsehen. Versöhnlich wirkte die Zustimmung auch der italienischen Parteien, die ja im Regionalrat die Mehrheit haben, zu diesen Gesetzentwürfen. Lediglich die Neo-Faschisten stimmten dagegen.

Wirtschaftlich ist vor allem von hervorragender Bedeutung die Initiative der Provinz Bozen, die Entschregulierung in die Hand zu nehmen. In der faschistischen Zeit war sie absichtlich zur Schädigung des Deutschtums im Etschland vernachlässigt worden. In diesem Jahre wurden zum ersten Mal seit dreißig Jahren die notwendigen Baggerarbeiten und sonstigen Sicherungen eingeleitet. Im allgemeinen ist die wirtschaftliche Lage Südtirols nicht ungünstig, wenn auch wie seit je die beiden Hauptprodukte des Landes, Obst und Wein, je nach der Devisenlage der Einfuhrländer (zur

<sup>47)</sup> Dolomiten vom 18. 2.

<sup>48)</sup> L'Adige vom 22. 3. 1952.

Hauptsache die Schweiz, Österreich und die Bundesrepublik) immer wieder Absatzkrisen durchmachen. Die süd- und welschtiroler Weine bestreiten 60 % des italienischen Weinexportes<sup>49)</sup>. Bozen ist zum Weinexportzentrum Italiens geworden. Einer ganz schweren Exportkrise war insbesondere die Obsternte des Jahres 1952 ausgesetzt. Sonst hat die Industrialisierung auch viel Kaufkraft ins Land gebracht, die auch dem deutschen Geschäftsmann und darüber hinaus auch dem Bauern zugute kommt. Doch hat sich die auf diese verhältnismäßig günstige Entwicklung der Wirtschaft gegründete Hoffnung italienischer politischer Kreise als trügerisch erwiesen.

Verwaltungspolitisch ist zu sagen, daß sich in den vier Jahren der Autonomie immer mehr die Provinz in eine Abwehrstellung gegen die Region gedrängt sieht, in der ja die italienischen politischen Kräfte die Mehrheit haben, die mehr einem regionalen Verwaltungszentralismus zustreben. So soll nach Artikel 14 des Autonomiestatutes die Region „in der Regel“ die Verwaltung durch die Organe der Provinz führen. Doch richtete die Region in Trient einen Verwaltungsapparat von 70 Beamten ein, von denen nur 7 Südtiroler sind, und versucht sich auch in der Provinz Ämter zu schaffen. Außerdem werden im Zuge einer gesamtitalienischen Verwaltungsreform Übertragungen von Befugnissen von der Zentralgewalt auf die Provinzen vorgenommen. In Südtirol werden diese Befugnisse nunmehr von der Region in Anspruch genommen, so daß der widersinnige Zustand eingetreten ist, daß heute die autonome Provinz Bozen viele Berechtigungen nicht besitzt, die sonst jede andere italienische Provinz innehat<sup>50)</sup>.

#### *Die zahlenmäßige Entwicklung der Südtiroler Volksgruppen seit 1910*

Welche Auswirkung haben nun die vorstehend abgezeichneten Vorgänge rein zahlenmäßig auf die Bevölkerungsverhältnisse der beiden Nationen in Südtirol? Gerade die Wahlen des Jahres 1952, die Gemeindevahlen im Mai und die Landtagswahlen im November gaben Veranlassung zu dieser Untersuchung der Verhältnisse in Südtirol, die im deutschen Volke nahezu unbekannt geblieben sind und dessen selbstverständliches Interesse besitzen. Die Wahlen von 1952 geben uns zum erstenmal seit langer Zeit und in genügendem Abstand von den turbulenten Ereignissen der Jahre 1939 bis 1943 die Möglichkeit, das jetzige Verhältnis der beiden Nationen in Südtirol zu beurteilen und es mit dem Zustand früherer Jahre zu vergleichen.

<sup>49)</sup> L'Adige vom 11. 3. 1952.

<sup>50)</sup> Abg. Dr. Volgger im Volksboten vom 4. 9. 1952.

Ausgangspunkt dieser Vergleiche muß das Jahr 1910 mit dem letzten Volkszählungsergebnis aus österreichischer Zeit sein<sup>51)</sup>. Die Nationalitätenkarte weist italienische Minderheiten nur im Etschtal und dort nur in einigen Gemeinden auf. Doch nur in vier Gemeinden übersteigt die Minderheit 20 %. Nur zwei Gemeinden, Branzoll mit 53,7 % und Pfatten mit 58,5 % haben eine italienische Mehrheit. In fünf weiteren Gemeinden liegt der Prozentsatz über 10 %, aber unter 20 %. In allen übrigen hundert heutigen Gemeinden (es waren damals an die 250, aber später wurden sie zu 109 zusammengefaßt) gab es praktisch keine Italiener. Selbst Bozen besaß nur 6 % italienischer Bevölkerung.

Die Volkszählung von 1921<sup>52)</sup> zeichnet die beginnende Wandlung im Bild der Nationen ab. Der Einzug der italienischen Beamenschaft und des Militärs macht sich bemerkbar. Nicht mehr 100, sondern nur noch 87 Gemeinden haben weniger als 10 % Italiener, die Zahl der Gemeinden mit italienischer Mehrheit steigt von zwei auf fünf. Deutlich zeichnen sich zwei Linien der Zunahme der Italiener in Südtirol ab: Das Etschtal von Meran bis Salurn, wo neue Minderheiten auftreten und Leifers, Neumarkt und Salurn italienische Majoritäten erhalten. Die zweite Linie der Einsickerung ist die Brennerlinie längs des Eisack, wo Eisenbahner und Zöllner in verschiedenen Gemeinden italienische Minderheiten hervorrufen, ebenso wie in der Grenzgemeinde Toblach gegen Osttirol.

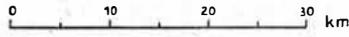
Die Volkszählung von 1939<sup>53)</sup>, die letzte vor der Umsiedlung, zeigt die Verstärkung dieser Tendenz, die nun auch weiter längs der Eisenbahn Franzensfeste—Osttirol hinübergreift. Zwar ist die Zahl der Gemeinden mit italienischer Mehrheit — fünf — geblieben, aber nur dadurch, daß an Stelle von Neumarkt im Unterland mit nur mehr 12 % Italienern Bozen mit 60 % getreten ist. Immer noch haben 87 Gemeinden weniger als 10 % Italiener.

In den Jahren 1939 bis 1943 folgt die Abwanderung infolge des Berliner Abkommens. Es ist schwer, hier die Leitlinie zu finden, die uns über die Gründe der größeren Abwanderung hier und der geringeren dort unterrichtet. Zu sehr sind auch persönliche Gründe, der persönliche Einfluß des Fürsprechers fürs „Dableiben“ oder Optieren, des Einflusses fremder Sendlinge, die von nationalsozialistischer Seite ins Land geschickt wurden, maßgebend gewesen. Doch läßt sich sagen, daß, je mehr selbständige Hofbauern in einer Gemeinde waren, um so

<sup>51)</sup> Spezialortsrepertorium der österreichischen Länder VIII, Tirol und Vorarlberg, 1910.

<sup>52)</sup> Censimento della Popolazione del Regno d'Italia al 1. Dicembre 1921, II, Venezia Tridentina.

<sup>53)</sup> Die Ergebnisse der Südtiroler Volkszählungen, Landesstelle für Südtirol, Innsbruck 1945.



Anteil der Italiener  
an der Gesamtbevölkerung

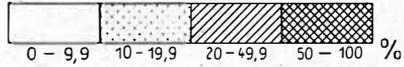
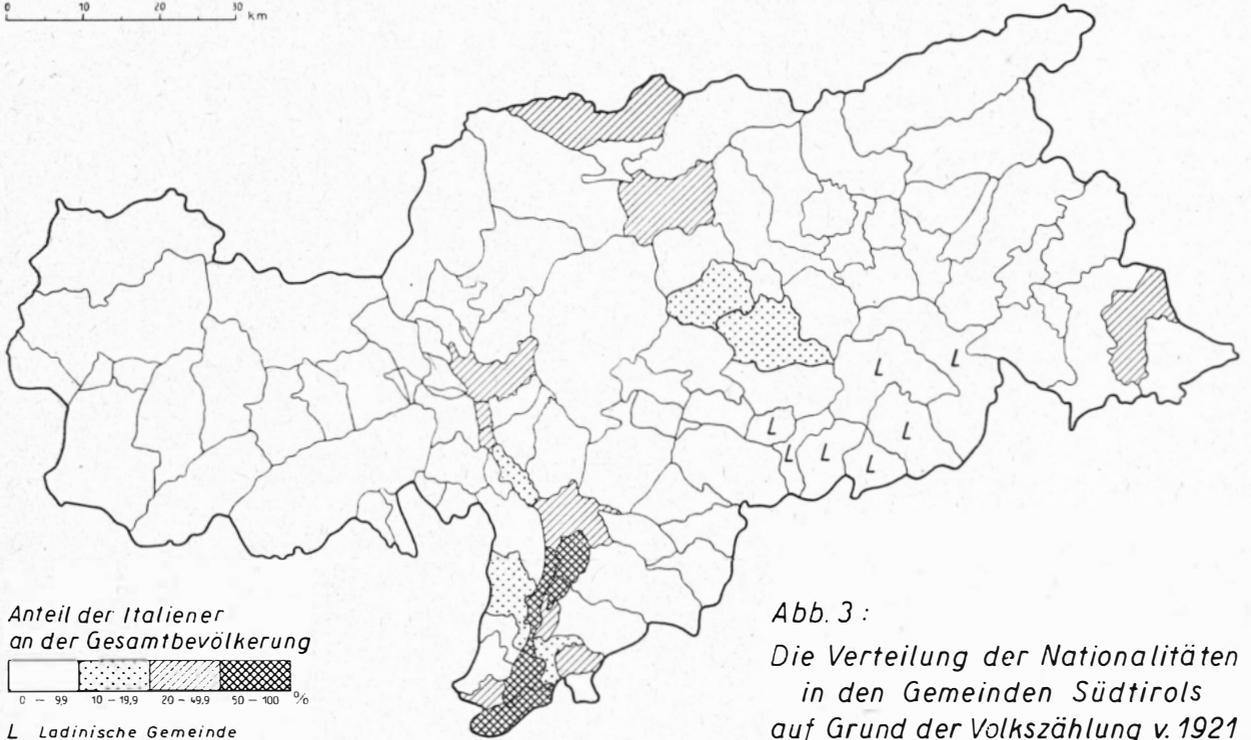
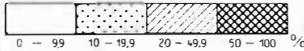


Abb. 2 :  
Die Verteilung der Nationalitäten  
in den Gemeinden Südtirols  
auf Grund der Volkszählung v. 1910



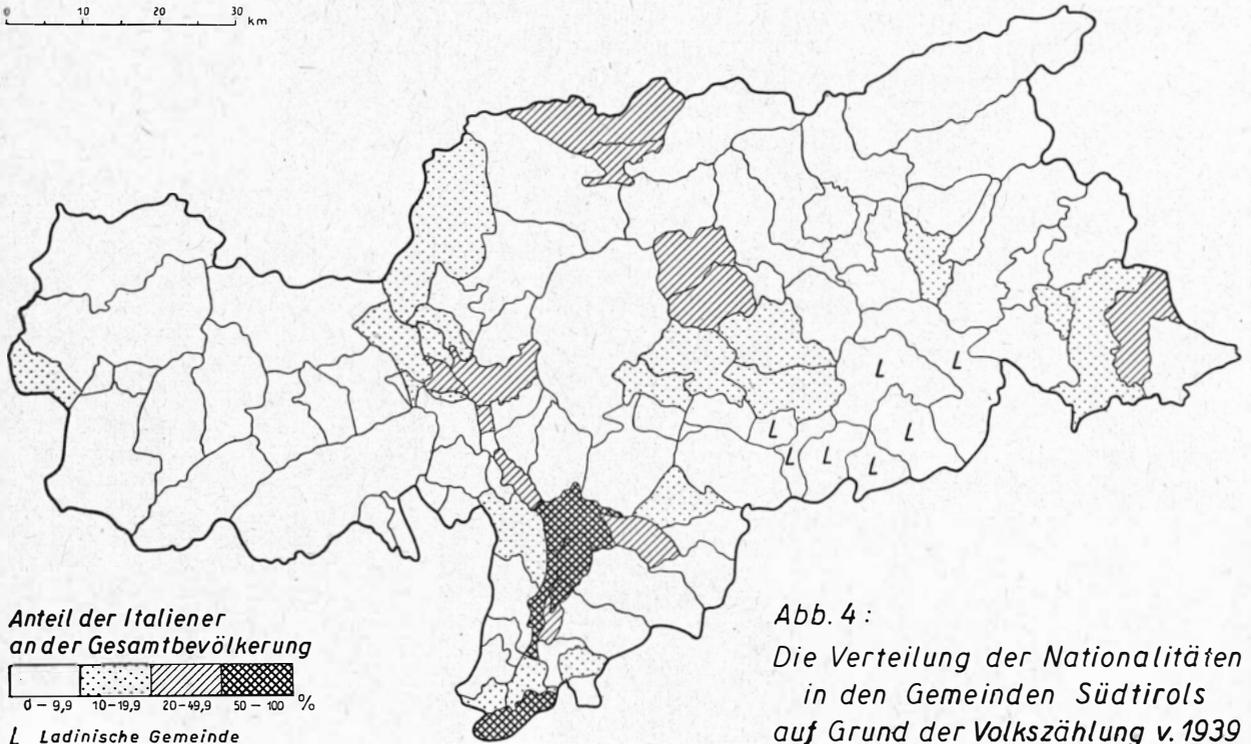
*Anteil der Italiener  
an der Gesamtbevölkerung*



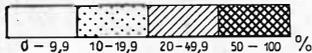
*L Ladinische Gemeinde*

*Abb. 3 :*

*Die Verteilung der Nationalitäten  
in den Gemeinden Südtirols  
auf Grund der Volkszählung v. 1921*



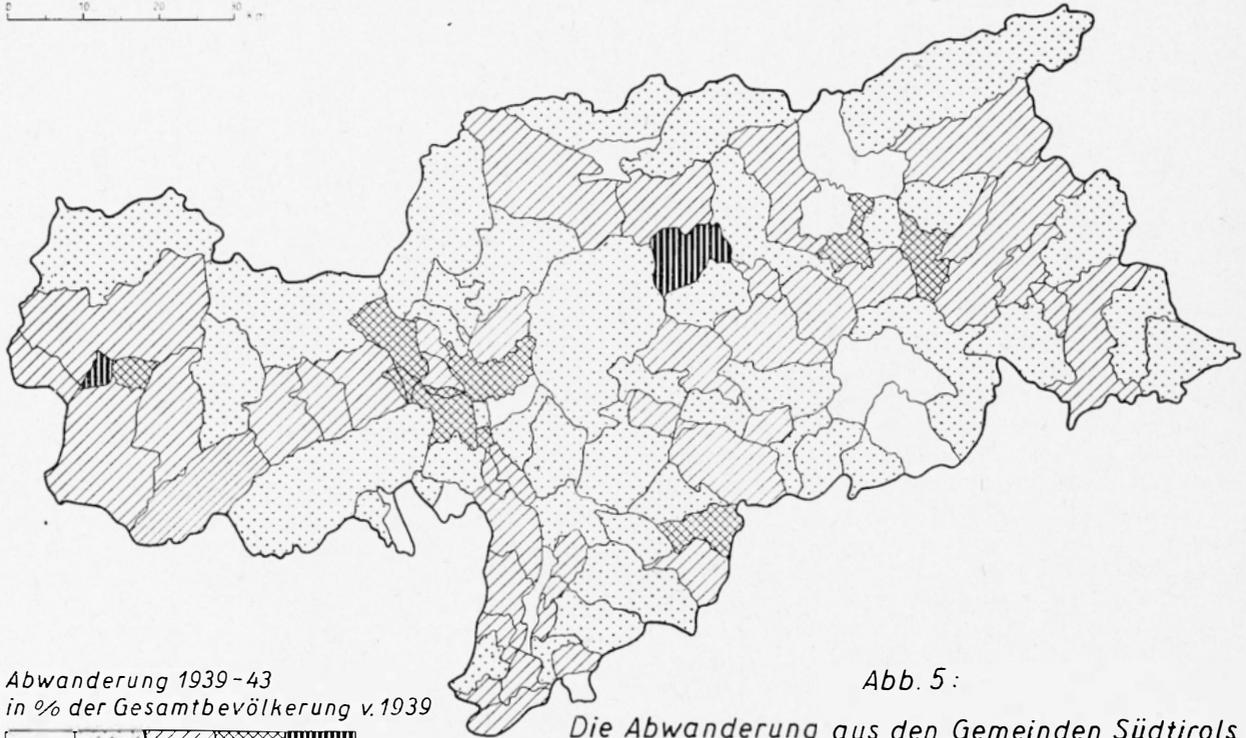
*Anteil der Italiener  
an der Gesamtbevölkerung*



*L Ladinische Gemeinde*

*Abb. 4 :*

*Die Verteilung der Nationalitäten  
in den Gemeinden Südtirols  
auf Grund der Volkszählung v. 1939*

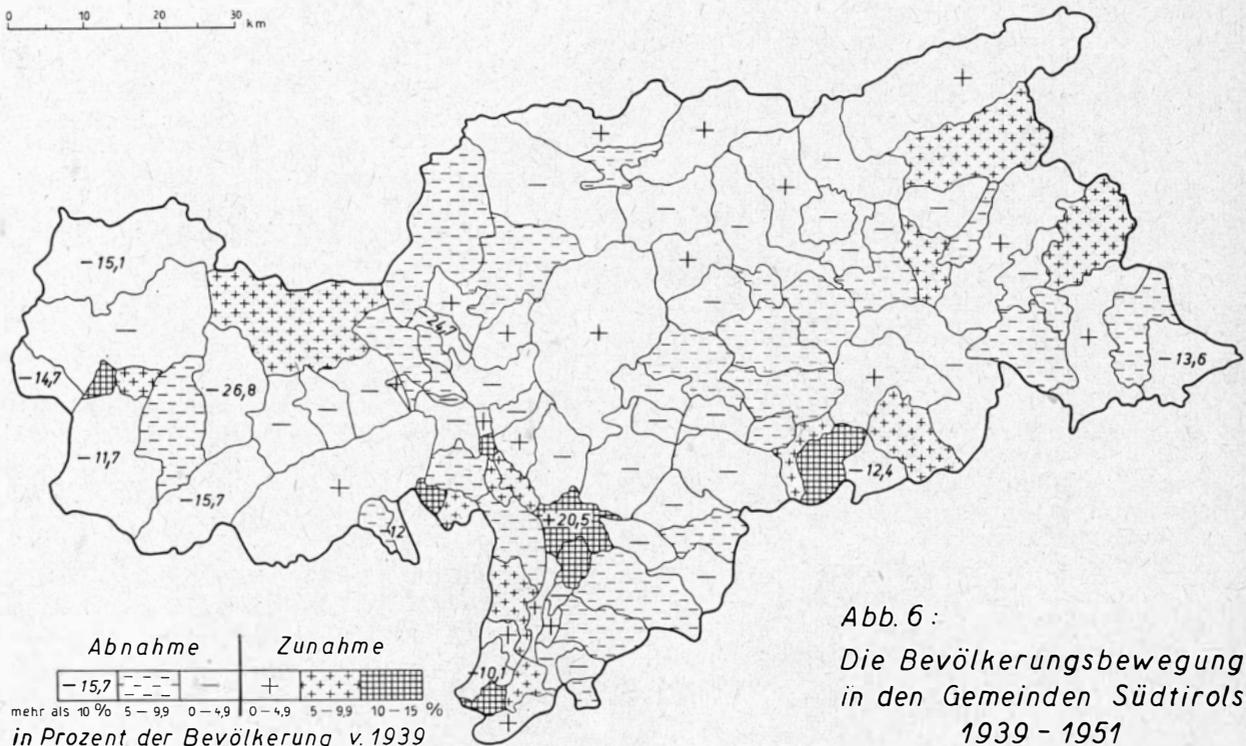


Abwanderung 1939-43  
in % der Gesamtbevölkerung v. 1939



Abb. 5:

Die Abwanderung aus den Gemeinden Südtirols  
auf Grund der Berliner Vereinbarung



Abnahme | Zunahme

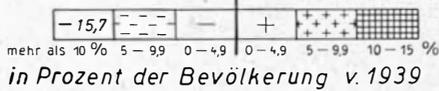


Abb. 6:

Die Bevölkerungsbewegung  
in den Gemeinden Südtirols  
1939 - 1951

geringer die Zahlen der Abwanderung waren. Je mehr Unselbständige, Gewerbetreibende, Landarbeiter und Zwergbauern, desto mehr Abwanderung. Da ragen einmal die Fremdenverkehrsgemeinden hervor wie Martell, St. Ulrich, Kastelruth und andererseits das Weinland, das Überetsch mit seinen Landarbeitern, besitzenden Tagelöhnern und vom Weinbau abhängigen Handwerkern. Da die Abwanderung in Prozenten der Gesamtbevölkerung berechnet wurde, tritt in Gemeinden, wo eine starke italienische Minderheit oder sogar Mehrheit vorhanden war, das ganze Ausmaß des Bevölkerungsverlustes der Deutschen nicht in Erscheinung. So in der Fremdenstadt Meran, wo über 71 % der deutschen Bevölkerung abwanderten. In Bozen waren es 48 %, in Bruneck 41 % und in Brixen 34 %. Wie überhaupt die Abwanderung die städtische Bevölkerung stärker erfaßte als die ländliche. Besonders hoch war der Verlust in den Weinbaugebieten, wo wir zum Beispiel in Algund mehr als 42 %, in Auer 35 % und in Salurn fast 50 % der deutschen Bevölkerung als Heimatvertriebene buchen mußten. Es verdient festgehalten zu werden, daß die Auswanderung der Ladinern in den meisten Fällen sich im selben Rahmen bewegte wie die der Deutschen.

#### Option, Aus- und Rückwanderung

Eine völlig verlässliche Statistik zu den Optionsergebnissen von 1939 gibt es leider nicht. Eine von den Vertretern beider Regierungen, dem italienischen Präfekten Mastromattei und dem deutschen Generalkonsul, gezeichnete Erklärung über das Ergebnis besagte, daß etwa 170 000 Südtiroler für Deutschland und 80 000 für Italien optiert hätten. Zu einem späteren Zeitpunkt wurden diese Angaben von nationalsozialistischer Seite als unzutreffend bezeichnet: Zur Veröffentlichung sei es nur deswegen gekommen, weil die NSDAP die politische Niederlage der Italiener, die das Optionsergebnis zweifellos bedeute, vor der Öffentlichkeit verkleinern wollten.

In Südtirol selbst werden meist folgende Zahlen als der Wahrheit am nächsten kommend genannt:

Optionsberechtigt waren Deutsche und Ladinern (letztere von den Italienern ebenfalls interessanterweise zu den „allogeni“ gezählt) . . . . .	247 000
Optanten für Beibehaltung der italienischen Staatsangehörigkeit . . . . .	34 000
Optanten für das Deutsche Reich . . . . .	213 000
Von diesen 213 000 Optanten für Deutschland sind	
nach Deutschland abgewandert und bisher nicht zurückgekehrt . . . . .	55 000
abgewandert, aber zurückgekehrt . . . . .	15 000
nicht abgewandert . . . . .	143 000

Im Herbst des Jahres 1952 gab das Präsidialamt des italienischen Ministerrates, Grenzzoneamt, zu Rom in der „Attuazione dell'accordo intervenuto a Parigi tra il Governo Italiano e il Governo Austriaco il 5 settembre 1946“ (im sogenannten Grünbuch) folgende Zahlen bekannt:

#### Nichtabgewanderte eingebürgerte Optanten

21 330 Gesuche um Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft, davon entschieden 21 303. Hiervon positiv 20 732 mit einer Personenzahl von . . . . .	40 615
Negativ 571 mit einer Personenzahl von . . . . .	655

#### Abgewanderte eingebürgerte Optanten

28 593 Gesuche um Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft, davon entschieden 22 212. Hiervon positiv 21 200 mit einer Personenzahl von . . . . .	43 276
Negativ 1012 Gesuche mit einer Personenzahl von . . . . .	2 446

#### Nicht abgewanderte und nicht eingebürgerte Optanten

Sie erhielten die italienische Staatsbürgerschaft durch einfachen Optionswiderruf zurück mit einer Zahl von . . . . .	ca. 115 000
Insgesamt . . . . .	201 982

Nimmt man die Zahl der hinter den 6381 unentschieden gebliebenen Gesuche stehenden Personen mit 13 000 an, so kommt man auch hier wieder auf die Zahl von 215 000 Optanten.

Von österreichischer Seite fehlen genauere Zahlen, da es keine Übersicht über die Südtiroler in der Schweiz, in Deutschland und Luxemburg gibt, die jedoch in den italienischen Zahlen enthalten sind. Doch ist festzuhalten, daß in den 28 593 Gesuchen der abgewanderten eingebürgerten Optanten auch jene Südtiroler enthalten sind, die abgewandert waren, aber vor 1949 bereits wieder zurückgekehrt waren (etwa 10 000 Personen), die aber von Italien als abgewandert behandelt wurden. Nach halbamtlichen österreichischen Angaben (Sonderdienst Österreich, Salzburg, vom 13. 2. 1953) wurden von den in Österreich lebenden Südtirolern eingereichten Gesuchen (20 222) rund 9400 von Italien erledigt. Ferner wurde bekannt, daß Österreich in Verhandlungen mit Italien vom März 1950 sich verpflichtet hat, seinerseits 25 % der Rückoptanten die österreichische Staatsbürgerschaft zu verleihen (ganz abgesehen von den Nichtrückoptanten), dies entspricht 5056 Gesuchen. Österreich hat bisher rund 3500 solcher Gesuche durch Einbürgerung positiv entschieden. Italien hatte auf Grund derselben Vereinbarung

15 166 Gesuche positiv zu regeln. Hiervon sind 9400 tatsächlich erledigt, Italien hat also noch 5766 Gesuche von in Österreich lebenden Rückoptanten zu bearbeiten.

Scharf zu trennen vom Problem der Rückoption ist das der Rückwanderung, welches man als das heutige Kernproblem der Südtiroler ansehen muß. Die positive Erledigung eines Rückoptionsgesuches durch Italien bedeutet noch längst nicht, daß die von diesem positiven Entscheid betroffenen Personen nun auch wirklich nach Südtirol zurückgewandert sind. Zu groß sind die Schwierigkeiten, was Wohnung und Arbeitsplatz anlangt. Überdies sind nach Kenntnis der österreichischen Regierung von den 21 000 positiven Erledigungen nur 9000 den Betroffenen in Deutschland und Österreich mitgeteilt worden. Diese Verschleppung hat es mit sich gebracht, daß die vor 12 Jahren abgewanderten Südtiroler schon vielfach in Österreich, Deutschland ansässig geworden sind und erneut eine Existenz gefunden haben. Für Südtirol ist es geradezu von lebenswichtiger Bedeutung, daß wenigstens ein Teil der Abgewanderten wieder in die Heimat zurückkehrt, um so der Einwanderung aus dem Süden entgegenzuwirken.

So ist das zahlenmäßige Bild der tatsächlichen Rückwanderung ein anderes:

R ü c k w a n d e r u n g

1945 — 1948 . . . . .	rund 10000 Personen
gemäß Bericht der Landesregierung Bozen, Amt für Rück siedlungshilfe, vom Dezember 1952	
1949 — 1952 aus Österreich . .	6065
aus Deutschland . .	1192
	<u>7257</u>

In dieser Zahl von 7257 Personen sind nicht einbegriffen 1. Rücksiedler, die von österreichischen Behörden keine Rück siedlungsbeihilfen erhielten, 2. Rücksiedler aus Deutschland, die als Einzelreisende heimkehrten. Nach Schätzung des Amtes dürfte die Zahl der tatsächlichen Rücksiedler um einige hundert Personen höher sein, so daß mit einer Gesamtzahl von höchstens 18 500 seit 1945 Rückgewandelter gerechnet werden kann.

Im „Alto Adige“ vom 23.11.1952 wurde die Zahl der Rücksiedler über italienische Grenzüber gangsstellen für 1950, 1951 und 1952 einschließlich Oktober 1952 mit 7908 angegeben.

Die Volkszählung im Jahre 1951 (4. 11.), die zwar keine Nationalitäten zählte, gibt uns die Möglichkeit, eine Gesamtbilanz der Jahre 1939 bis 1951 zu ziehen<sup>54)</sup>. 66 Gemeinden der 107 Südtirols haben eine absolut rückläufige Bevölkerungszahl. 19 weitere bleiben mit einem Zuwachs von weniger als plus 5 % weit unter dem Zuwachs, der

trotz Krieg, aber ohne Vertreibung zu erwarten gewesen wäre. Auch die italienische Zuwanderung hat in diesen 85 von 107 Gemeinden den Abwanderungsverlust nicht ausgleichen können. Diese Zahlen zeigen, wie sehr die Realisten unter den Faschisten 1939, die vor der beabsichtigten völligen Ausräumung warnten, recht hatten. Den über 10 % liegenden Zuwachs, der dem normalerweise zu erwartenden entspräche, verzeichnet außer fünf kleinen im Lande zerstreuten Gemeinden nur die Stadt Bozen, die seit je das Hauptziel der italienischen Zuwanderung war. Bozen konnte den Abwanderungsverlust mehr als decken, was bei den anderen Städten Meran, Brixen und Bruneck, die ebenfalls eine beträchtliche Zuwanderung aufweisen, nicht der Fall ist.

Abgesehen von einer wenig brauchbaren Volkszählung mitten im Kriege 1943 haben wir zur Beurteilung des Zahlenverhältnisses der Nationen nur die Wahlergebnisse von 1948 und 1952. Die Volkszählung von 1951 erfaßte nicht die nationale Gliederung des Landes. Gewiß sind Wahlen keine Volkszählungen. Der Schluß vom Wähler auf die Bevölkerungsziffer birgt immer Unsicherheiten in sich, da nicht feststeht, ob hinter jedem Wähler der einen Bevölkerungsgruppe der gleiche Anteil an Bevölkerung steht wie hinter dem der anderen Gruppe, und ob sich beide Volksgruppen in gleicher Weise an der Wahl beteiligt haben, doch kann der letztere Fehler nicht groß sein, da die Wahlbeteiligung immer sehr hoch war und bei 90 % lag. Im allgemeinen werden die Fehler nur sehr gering sein und sich innerhalb recht enger Grenzen bewegen. Sie sind auf keinen Fall größer als die amtlicher Volkszählungen in solchen heute politisch umkämpften Gebieten.

Die Wahl vom 16. November 1952<sup>55)</sup> ergab bei einer Wahlbeteiligung von 88,14 %

an deutschen Stimmen	113 216	(1948: 107/249)	64,8 %
an italienischen Stimmen	60 663	(1948: 50 530)	35,2 %

42 481 oder 70 % der italienischen Stimmen wurden in den vier Städten Bozen, Brixen, Meran, Bruneck abgegeben. Auf dem Lande machte der Stimmenanteil der Italiener 19,4 % aller Stimmen aus. Die deutschen Stimmen wurden mit einer einzigen Ausnahme einer Splitterpartei linksgerichteter Haltung, die 609 Stimmen erzielte, für die Südtiroler Volkspartei abgegeben, während die italienische Seite mit der ganzen Musterkarte der italienischen Parteienzersplitterung auch in Südtirol auftrat. Stimmt unsere These, daß die Wahl einen Rückschluß auf die Verteilung der Nationen zuläßt, so muß gegenüber der Zahl von 1948 eine

<sup>54)</sup> Dolomiten 9. 4. 1952.

<sup>55)</sup> Dolomiten 18. 11. 1952.

gewisse Konstanz der Stimmabgabe für die Südtiroler Volkspartei zu verzeichnen sein, wie sie bei rein parteipolitischen Entscheidungen mit schwankenden Ergebnissen nicht zu erwarten ist. In nationalen Entscheidungen — als solche werden Wahlen in Südtirol empfunden — man ging teilweise in Tracht zur Wahlurne — gibt es keinen Stimmungsumschwung. In der Tat ist der Zuwachs der Südtiroler mit 5000 Stimmen durchaus mit der natürlichen Bevölkerungsvermehrung und der Zahl der Rückwanderer erklärt, ebenso wie der Zuwachs von 10000 Stimmen bei den italienischen Parteien die starke Zuwanderung aus dem Süden widerspiegelt, ein Zuwachs, der mit 7640 zu drei

unter 50%; in einer Gemeinde, Abtei, erlangen die Italiener sogar die absolute Mehrheit. Es ist gewiß in diesen Grenzfällen noch nicht die Umvolkung mit der Stimmabgabe vollzogen, doch weist sie auf die Richtung, in der hier die Entwicklung geht. 49 der 107 Gemeinden haben weniger als 10% Italiener und in weiteren 24 liegt diese Zahl in der nächsten Stufe bis 20%. Die Zahl der Gemeinden mit italienischer Majorität ist auf neun gestiegen. Unter diesen ragt Meran als neuer Verlust für das Deutschtum hervor. Die weiteren über die alte Zahl hinaus sind Waidbruck und Franzensfeste als ausgesprochene Verkehrssiedlungen und das schon genannte ehemals ladinische Abtei.

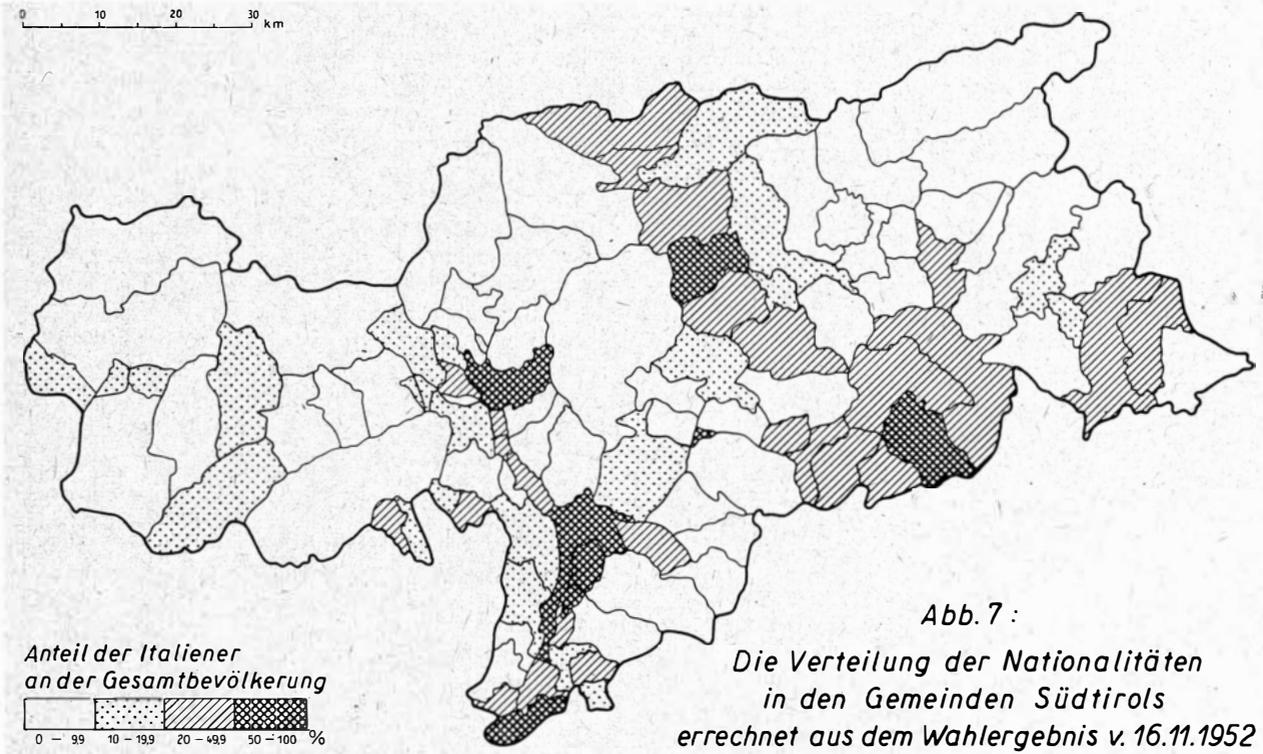


Abb. 7:  
Die Verteilung der Nationalitäten  
in den Gemeinden Südtirols  
errechnet aus dem Wahlergebnis v. 16.11.1952

Vierteln von Bozen und Meran, den beiden Hauptzielen dieser Einwanderung, ausgewiesen ist. Unter der Annahme, daß diese Wahl die tatsächlichen völkischen Verhältnisse widerspiegelt, zeigt die kartographische Darstellung folgendes Bild der Gegenwart.

Auch weiterhin Verstärkung des italienischen Anteiles der Bevölkerung längs der beiden Bahnlinien zum Brenner und zum Toblacher Feld. Während sich im Bozener Unterland das Bild nur wenig geändert hat, ist es den italienischen Parteien gelungen, in den ladinischen Tälern stark an Boden zu gewinnen. Der Stimmanteil der Italiener in diesen Tälern, die bei der Volkszählung von 1943 sich mit 80%, ja meist mehr als 90% als ladinisch erwiesen, liegt nunmehr überall über 20% und

Zusammenfassend ergibt sich seit 1910 folgendes Bild der Entwicklung

mit Italienern	Zahl der Gemeinden				
	1910	1921	1939	1943	1952
0—9,9 %	100	88	73	59	49
10,0—19,9 %	5	5	20	21	24
20,0—49,9 %	2	11	11	21	25
50,0—100 %	2	5	5	8	9
	109	109	109	109	107*

Jahr	Gesamtbevölkerung	Deutsche und Ladinier	Italiener
1910	247 114	240 686	6 428
1921	236 175	208 963	27 212
1939	334 715	251 720	82 995
1952	333 934	216 389	117 545

\*) ohne die Ampezzaner-Gemeinden plus der wiedergebildeten Gemeinde Kurtinig

In der Zahl der 27 212 Italiener von 1921 sind die Bewohner von Ampezzo und Colle Sta. Lucia enthalten, die von den Italienern, obwohl meist ladinisch, zu den Italienern gezählt wurden. Sie gehören heute nicht mehr zur Provinz Bozen, sondern zu Belluno. Die Zahlen von 1952 sind unter Zugrundelegung des Volkszählungsergebnisses von 1951 aus den Ergebnissen der Landtagswahlen errechnet und enthalten nicht die zur Provinz Belluno gehörenden Ampezzaner Gemeinden. Es ist also ein hauptsächlich auf Zuwanderung beruhender Zuwachs von 110 000 Italienern seit 1910 in Südtirol zu verzeichnen. Inwieweit im Ergebnis von 1952 in der Gruppe Deutsche und Ladiner letztere erscheinen, geht aus dem Wahlergebnis insofern hervor, als 65 % der Ladiner mit den deutschen Südtirolern stimmten.

Die Wahlen vom 7. Juni 1953 zu Kammer und Senat brachten folgendes Ergebnis in der Provinz Bozen (in Klammern die Zahlen der Regionalratswahl vom November 1952):

Kammerwahl:

Südtiroler Volkspartei	118 412 (112 607)	59,94 %	(64,8 %)
Italienische Parteien	79 123 (60 663)	40,06 %	(35,2 %)

Hinzu kamen noch 4400 Stimmen aus der Provinz Trient, die für die deutsche Kandidatenliste abgegeben wurden.

Senatswahl:

Südtiroler Volkspartei	107 132	64,4 %
Italienische Parteien	59 312	35,6 %

Was die deutschen Stimmen anlangt, so brachte das Wahlergebnis keine Überraschung insofern, als die Steigerung der Zahl um rund 6000 ein Ergebnis der Steigerung der Wahlbeteiligung von 88,14 % auf 95 % darstellt. Die Zunahme der italienischen Stimmen um rund 18 500 ist in erster Linie auf den größeren Kreis der nichtbodenständigen Wahlberechtigten, die zur Regionalratswahl kein Wahlrecht hatten, zurückzuführen. Vor allem die Soldaten der ja sehr starken Grenzgarisonen wählten dieses Mal mit, in Meran allein 4800. Das kommt auch in der bedeutend geringeren Zahl der italienischen Stimmen (— 20 000), die zur Senatswahl abgegeben wurden, zum Ausdruck. Zum Senat beginnt das Wahlrecht erst mit 25 Jahren, gegenüber 20 zur Kammerwahl. Andererseits zeigt darum die Differenz der Stimmen für Kammer und Senat bei der deutschen Volksgruppe in Höhe von 11 280 Stimmen, daß auch die Südtiroler Jugend sich durchaus im zu erwartenden

Maße zur Südtiroler Volkspartei und damit zum Deutschtum hält, wobei zu erwähnen ist, daß ein Teil dieser Jahrgänge der deutschen Volksgruppe einberufen ist und in Altitalien dient und nicht die Möglichkeit hatte, eine Partei der deutschen Volksgruppe zu wählen.

Die hohe Zahl Nichtbodenständiger, die zur Kammerwahl in Südtirol zugelassen waren, läßt auch nicht zu, in ähnlicher Weise, wie wir es bei den Regionalratswahlen taten, das Wahlergebnis zur Ermittlung der tatsächlichen zahlenmäßigen Verteilung der Volksgruppen in Land und Gemeinden zu verwerten.

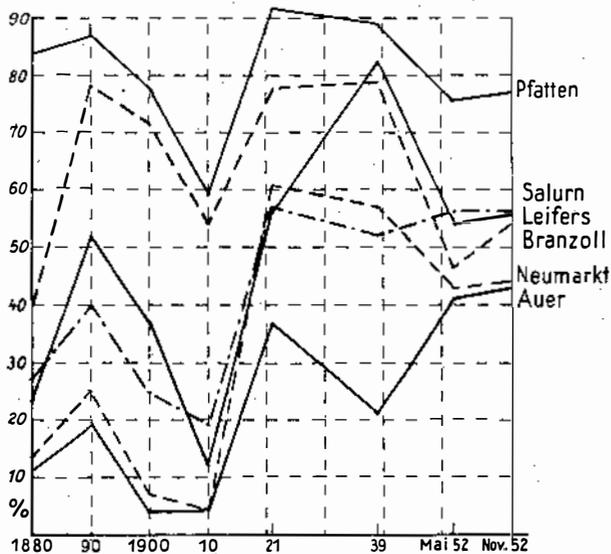
Die Südtiroler Volkspartei zeigte auch in dieser Wahl die schon früher postulierte Beständigkeit der Stimmenzahl, welche als Voraussetzung dafür anzusehen ist, daß sie wirklich als einzige die Stimmen der ganzen deutschen Volksgruppe auf sich vereinigt, im Gegensatz zu den übrigen nur weltanschaulich orientierten Parteien, welche mit schwankenden Stimmenzahlen zu rechnen haben. Somit lieferte auch diese Wahl den Beweis für die Berechtigung, von der Zahl der Stimmen auf die Bevölkerungszahl der deutschen Volksgruppe zu schließen.

Die Südtiroler Volkspartei ist die einzige Partei des Blocks der Mitte in Italien, dem sie sich nur unter schweren Bedenken angeschlossen hatte, die keinen Stimmenverlust hatte und mit der gleichen Zahl von drei Abgeordneten und zwei Senatoren in Kammer und Senat einzieht. Früher vielleicht als quantität negligable in der Kammer angesehen, ist sie heute mit ihren 3 Abgeordneten von 16, welche die Regierungsmehrheit darstellen, in der Kammer von anderer Stellung als früher. Welche Folgen das für die Regierungspolitik in Südtirol haben wird, bleibt abzuwarten, ist jedenfalls von höchstem Interesse gerade nach diesem Wahlkampf, in dem der Regierungschef sich unverhohlen zu einer staatlichen Entnationalisierungstendenz bekannt hatte, und versucht hatte, die Existenz einer deutschen Volksgruppe überhaupt zu leugnen.

*Die Gemeinden*

*mit altansässiger italienischer Bevölkerung  
im Etschtal (Meran - Salurn) seit 1880*

Die genauere Betrachtung der Gemeinden Südtirols, die von jeher eine gewisse italienische Minderheit besaßen, gibt interessante, zum Teil überraschende Ergebnisse. Das folgende Diagramm der italienischen Bevölkerungsbewegung dieser Gemeinden zeigt, wie im Unterland die Gemeinden links der Etsch von Salurn bis Leifers mit zum Teil erheblichen Minderheiten in die Statistik der



Diagr. 1: Italienische Bevölkerungsbewegung 1880 bis 1952 in den Gemeinden des Bozener Unterlandes (Anteil der Italiener in Prozenten der Gesamtbevölkerung)

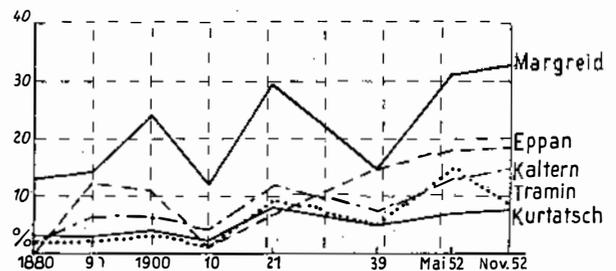
Volkszählung von 1880 eingehen<sup>56</sup>). Eine, allerdings kleine Gemeinde Pfatten hat sogar eine Mehrheit. Das folgende Jahrzehnt bis 1890 zeigt übereinstimmend ein starkes Anwachsen dieser Minderheit, die bei zwei Gemeinden sogar zu einer Mehrheit wird. Es ist das Jahrzehnt der großen Etschüberschwemmung von 1882, die viele Deutsche veranlaßte, ihre Güter in der Etschauer wieder aufzugeben. Mit dem Jahrzehnt 1880/90 erfassen wir gerade noch das letzte Jahrzehnt dieser im historischen Teil schon geschilderten Entwicklung und ihren Höhepunkt. Das Hochwasser von 1882 löste die große Etschregulierung aus, die zu Beginn der neunziger Jahre im wesentlichen vollendet war. Von nun an hielten sich die deutschen Bauern wieder auf ihren Besitzungen und der gewohnte Prozeß der ohne jede politische Einmischung vor sich gehenden Assimilation auf sozusagen nachbarschaftlicher Grundlage gewann wieder die Vorhand vor der Zuwanderung. Wir sehen, wie in allen Gemeinden bis 1910 ein stetiger Abfall der Kurven der Entwicklung des Anteils der Italiener an der Gesamtbevölkerung erfolgt. Die erste Volkszählung nach dem Kriege brachte naturgemäß ein starkes Anwachsen des italienischen Bevölkerungsanteiles. Doch schon die nächsten 18 Jahre bis zur Zählung von 1939 zeigen erneut diese Tendenz der früheren Jahrzehnte. Drei von den

<sup>56</sup>) Spezialortsrepertorium der österreichischen Länder, VIII, Tirol und Vorarlberg, 1880 und 1890.

Gemeindeflexikon von Tirol und Vorarlberg, bearbeitet auf Grund der Volkszählung von 1900.

sechs Unterlandsgemeinden zeigen erneut den Abfall der Kurven des prozentualen Anteiles der Italiener. Und das in der faschistischen Zeit der äußersten Kulturpropaganda von italienischer Seite, in der von deutschen Germanisierungsarbeiten wirklich nicht die Rede sein kann! Verstärkt treten dann diese Erscheinungen der Hinwendung zum deutschen Bevölkerungsteil in den letzten 13 Jahren in Erscheinung, wo wieder vier der sechs Gemeinden eine Verringerung des italienisch eingestellten Bevölkerungsanteiles aufweisen. Und das trotz der sehr erheblichen Abwanderung von Deutschen in der Optionszeit. Gewiß werden wir gerade hier in der Bewertung von Wahlstimmen vorsichtig sein müssen, es ist hier noch nicht jeder, der sich durch seine Stimme subjektiv zum Kandidaten der deutschen Partei bekennt, auch objektiv ein Deutscher, aber deutlich wird die Entwicklungsrichtung, die jahrhundertalte Erfahrung, bestätigt. Interessant ist der Vergleich der Wahlergebnisse vom Mai 1952 (Gemeindewahlen)<sup>57</sup> mit denen des November (Landtagswahlen). Dabei stellen wir überall wieder ein leichtes Erholen der italienischen Stimmzahl fest. In der engeren Gemeinschaft der Gemeinde, wo es gilt, unter den persönlich bekannten Nachbarn auszuwählen, ist es leichter, dem deutschen Kandidaten die Stimme zu geben, während man im weiteren Raum mit unpersönlicher Listenwahl noch an die alte Nationalität sich hält. Es entspricht dies durchaus unseren Vorstellungen von natürlichen Vorgang solcher nationalen Entwicklung<sup>58</sup>. In allen Gemeinden mit Ausnahme von Auer liegt heute jedenfalls der Höhepunkt des italienischen Anteils in der Vergangenheit.

Die Vorgänge im Überetsch und den Unterlandsgemeinden rechts der Etsch, die nie derart unter der Überschwemmung und Versumpfung



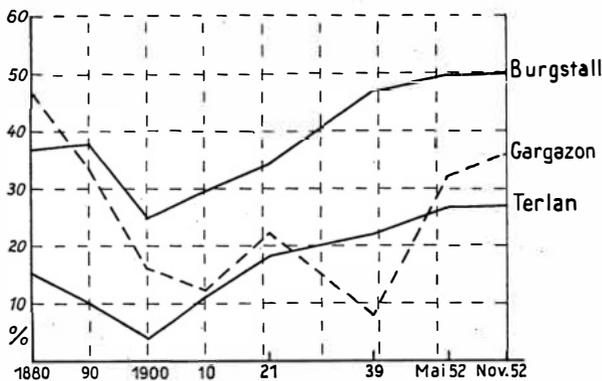
Diagr. 2: Italienische Bevölkerungsbewegung 1880 bis 1952 in den Gemeinden des Überetsch und des Unterlandes rechts der Etsch (Anteil der Italiener in Prozenten der Gesamtbevölkerung)

<sup>57</sup>) Dolomiten 27. 5. 1952.

<sup>58</sup>) „Das Unterland Sorgenkind und Bollwerk Südtirols“, (Dolomiten 28. 4. 1952.)

gelitten hatten wie die vorigen, zeigen zunächst dieselbe Tendenz bis 1910, nur die Kurven verlaufen ruhiger und ausgeglichener. Nun aber erfolgt in allen Gemeinden gleichmäßig nach schwachem Abfall in der faschistischen Zeit (mit einer Ausnahme) der weitere Anstieg des prozentualen Anteiles von Italienern in den Gemeinden, so daß heute anders als bei den eben gezeigten Gemeinden des Unterlandes der prozentuale Anteil der Italiener höher liegt als zu Beginn der faschistischen Zeit. Wir verstehen das, wenn wir die Ausgangsstellung von 1880 betrachten, wo nur ein sehr geringer Anteil italienischer Bevölkerung vorhanden war. Es fehlten hier die alteingesessenen Italiener — ursprünglich aus Welschtirol stammend —, die immer wieder zum Übergehen zum Deutschtum bereit waren und somit dort den Bevölkerungsverlust der Vertriebenen ausgleichen konnten.

Die linksseitigen Gemeinden im Etschtal zwischen Meran und Bozen zeigen wieder eine andere Entwicklung. Auch hier haben wir in den Gemeinden, deren Gemarkung zu einem großen Teil in der Etsch liegt, eine Rückwärtsentwicklung

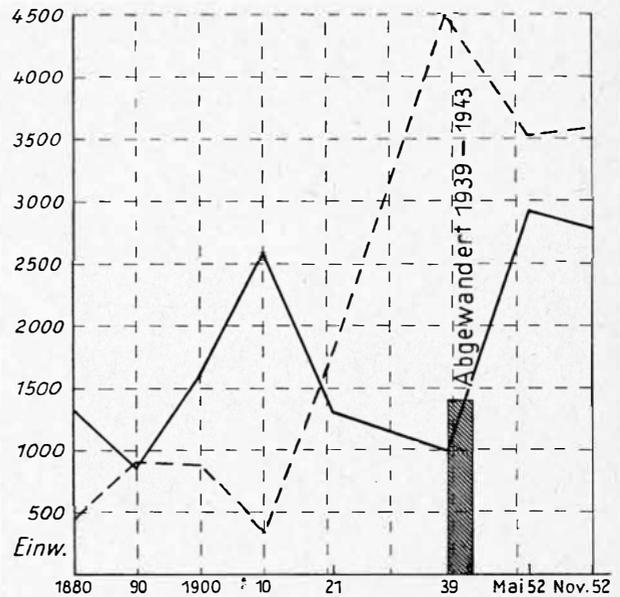


Diagr. 3: Italienische Bevölkerungsbewegung 1880 bis 1952 im Land zwischen Meran und Bozen links der Etsch (Anteil der Italiener in Prozenten der Gesamtbevölkerung)

des Italienertums, die aber nur bis 1900 anhält. In diesem Abschnitt des Etschtales war die Regulierung weniger gelungen. Der große Schuttfächer des Eisack bei Bozen stellte die Regulierung vor letztlich unlösbare Aufgaben. Aus der sinngemäßen Anwendung der im Unterland gewonnenen Erkenntnisse verstehen wir, wie schon im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts bei zwei der Gemeinden ein Rückschlag eintritt und seitdem die ständige Zunahme des italienischen Bevölkerungssteiles zu verzeichnen ist. Gerade aber auch der Vergleich dieses Etschabschnittes mit dem Unterland zeigt die bedeutende nationale Stellung der Etschregulierung und wieso sie von der faschistischen Regierung so bewußt vernachlässigt wurde.

Ganz besonders interessant erscheinen die Verhältnisse, wenn wir einzelne Gemeinden gesondert betrachten und zwar dann nicht die Prozentzahlen, sondern die absoluten.

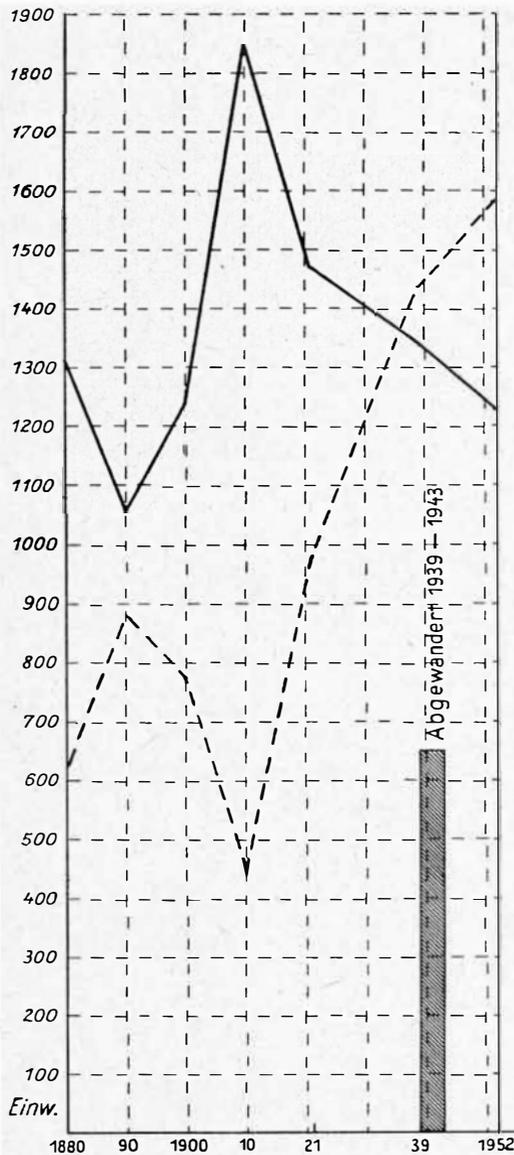
So in Leifers!



Diagr. 4: Leifers 1880—1952 Bevölkerungsbewegung getrennt nach Deutschen (ausgezogene Linie) und Italienern (gestrichelte Linie) in absoluten Zahlen.

Wir sehen wie vorhin den Verlauf der Kurven, Abfall der deutschen im letzten Jahrzehnt der unregulierten Etsch, Ansteigen der deutschen Bevölkerung nach der Regulierung bis 1910 und entsprechendes Abfallen der italienischen. Weiter: steiler Abfall der deutschen Bevölkerungszahl bis 1921, der ersten italienischen Volkszählung, aber auch weiterhin, wenn auch weniger stark, bis 1939. Und nun ein Wunder: Es wandern nach amtlichem Ausweis 130% der 1939 in Leifers wohnhaften Deutschen aus, also mehr als dort gemäß italienischer Volkszählung überhaupt an Deutschen wohnten. Es erweist sich so, daß die italienischen Volkszählungen hier kein zutreffendes Bild der tatsächlichen Lage gegeben haben und die Umsiedlungskommission viel mehr Personen die objektiven Merkmale des deutschen Volkstums zuerkennen mußte, als die Volkszählung von 1939 wahr haben wollte. Und nun kommt das zweite Wunder: Die Wahlen von 1952 ergeben trotz des Abwanderungsverlustes, der sicher sehr groß war, ein steiles Ansteigen der zum Deutschtum sich Bekennenden, und zwar so stark, daß die Zahl größer ist als die Zahl der Deutschen jemals vorher, bei gleichzeitig starker Zunahme der Gesamtbevölkerung. Dieses sehr erstaunliche Ergebnis erklärt sich durch die starke kulturelle und soziale Anzie-

hungskraft, die das Deutschtum, besonders das deutsche Bauerntum, auf den italienischen Landmann besitzt, so daß hier aus dem Zuzug vom italienischen Landvolk her, das vor längerer Zeit hier ansässig war, der deutsche Bevölkerungsanteil seinen ungeheuren Verlust an Heimatvertriebenen ersetzen konnte. Ein ähnliches Bild würde das Diagramm der Gemeinde Branzoll zeigen. Auch hier wanderten mehr Deutsche aus, als nach italienischen Zählungen überhaupt vorhanden sein durften, und waren im Endeffekt bei den Wahlen mehr deutsch stimmende vorhanden als jemals vorher in der Geschichte der Gemeinde.

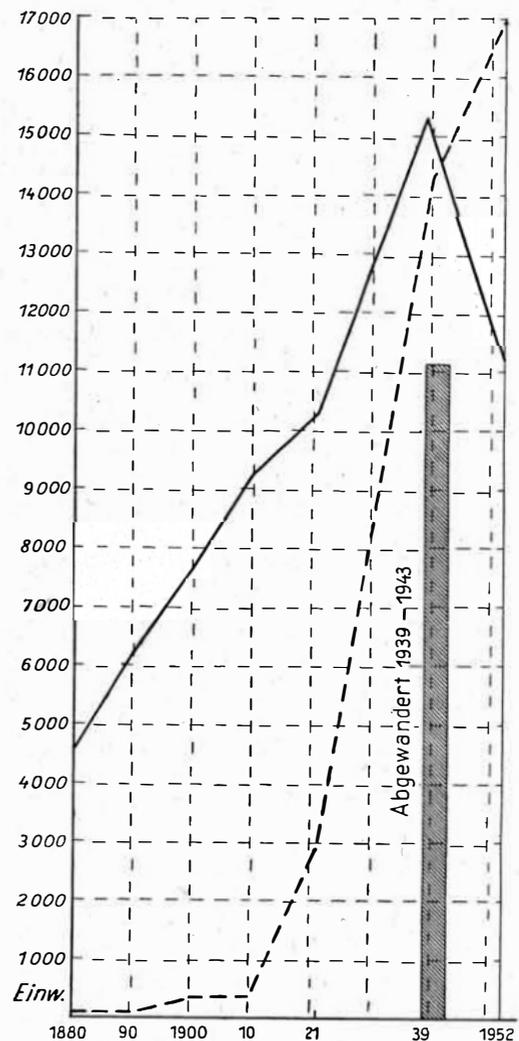


Diagr. 5: Salurn 1880—1952

Bevölkerungsbewegung getrennt nach Deutschen (ausgezogene Linie) und Italienern (gestrichelte Linie) in absoluten Zahlen.

Als letzte dieser Gemeinden sei Salurn betrachtet, die viel genannte Gemeinde der Sprachgrenze. Sie zeigt wieder ein vom Normalfall wenig abweichendes Bild. Geringe italienische Minderheit bis 1910, steiles Ansteigen 1921, seitdem verlangsamtes Anwachsen, so daß wohl nur der starke Bevölkerungsverlust der Deutschen in den Jahren 1939/43 (die Hälfte der Deutschen!) es verhindert hat, daß Salurn heute wieder eine deutsche Mehrheit hat.

Das Bild der Bevölkerungsentwicklung von Meran ist gekennzeichnet durch das starke Anwachsen der Bevölkerung der Stadt, das Italiener wie Deutsche gleichmäßig besorgen. Eingemeindungen spielten auch eine Rolle dabei. Aber erst die in Meran besonders starke Abwanderung bringt



Diagr. 6: Meran 1880—1952

Bevölkerungsbewegung getrennt nach Deutschen (ausgezogene Linie) und Italienern (gestrichelte Linie) in absoluten Zahlen.

den Italienern die Mehrheit. Die Zahl der Heimatvertriebenen war hier besonders groß, da ein internationales Hotelgewerbe hier viel unselbständige Existenzen zur Folge hatte, die bekanntlich vom ersten Schlag der Umsiedlungsmaßnahmen besonders hart getroffen wurden. So ist es auch andererseits verständlich, daß bei diesen an sich sehr auf Ortswechsel eingestellten Berufen der Verlust doch wieder stark ausgeglichen werden konnte, da ihnen einmal die Rückwanderung leichter fallen mußte und andererseits auch aus den Familien der Dagebliebenen der Ersatz sich in diesen Berufen bald wieder einstellte.

Sehr drastisch ist das Bild der Bevölkerungsentwicklung Bozens. Diese noch 1910 rein deutsche Stadt hatte den ersten Ansturm der italienischen Zuwanderung aufzunehmen und besitzt heute nur mehr eine kleine — aber wirtschaftlich starke — Minderheit von noch nicht einmal 17 000 Deutschen unter 70 000 Einwohnern. Auch hier konnte ein Teil der Verluste an Heimatvertriebenen wieder wettgemacht werden. Aber Industriezone, Militär und Verwaltung, große italienische Handelsunternehmungen ließen die Zahl der Italiener gewaltig anschwellen. Bozen ist das Hauptziel der Einwanderer aus dem Süden und nahm in den letzten vier Jahren die Hälfte der Zuwanderer<sup>57)</sup> aus dem Süden auf, welche die Provinz aufzuweisen hat. Die Vermehrung durch natürlichen Zuwachs ist weit unter dem Durchschnitt Italiens. In der letzten Zeit dürfte ein Nachlassen der Zuwanderung zu beobachten sein<sup>58)</sup>. 1951 hatte die Provinz Bozen einen Zuwanderungsüberschuß von 1940 Personen, davon allein die Stadt Bozen von 1884 Personen<sup>60)</sup>. In den ersten acht Monaten des Jahres 1952 stieg die Bevölkerung der Stadt Bozen um 557 Köpfe an.

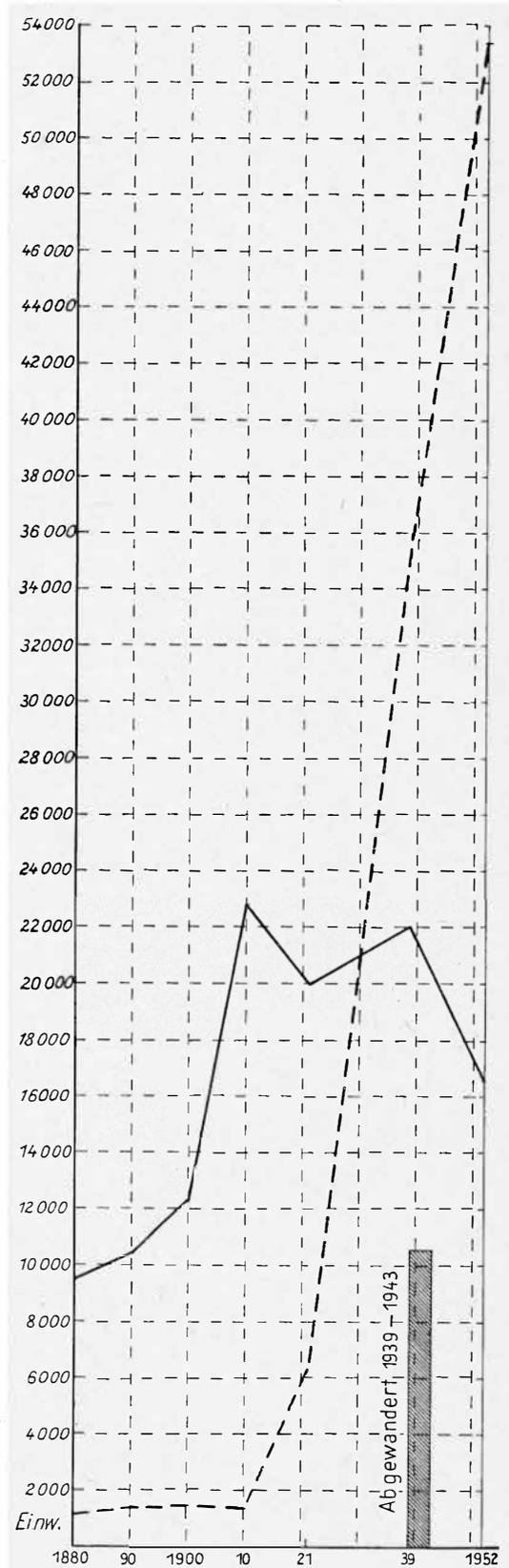
Einen großen Teil dieser Zuwanderung nahmen die Nachbargemeinden Bozens auf, die in vielem den Charakter von Vororten der Talferstadt annehmen: Terlan, Leifers, Eppan. So gibt die nachfolgende Aufzeichnung der Verteilung der verschiedenen Volksgruppen, berechnet nach der Zählung von 1939, auf die Höhenstufen des Landes ein gutes Bild vom Charakter der italienischen Volksgruppe in Südtirol. In der untersten Stufe von 200 bis 300 m (Seehöhe von Salurn 224 m, Bozen 290 m) leben neben fast 36 000 Deutschen

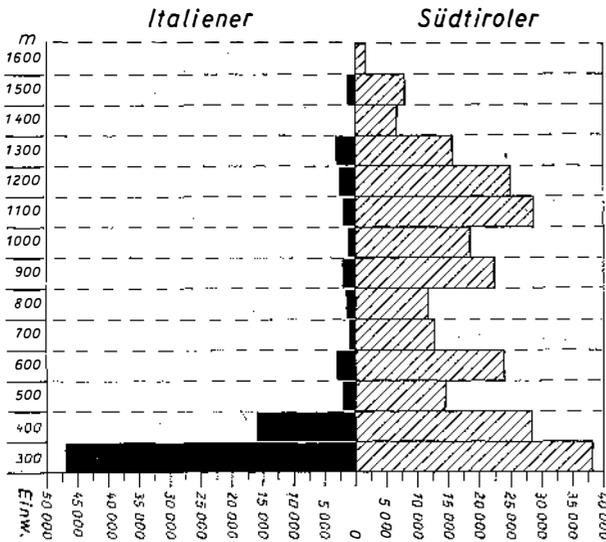
<sup>57)</sup> L'Adige vom 18. 7. 1952.

<sup>60)</sup> Mitteilungen der Handelskammer Bozen, Februar-März 1952, November 1952.

Diagr. 7: Bozen 1880—1952

Bevölkerungsbewegung getrennt nach Deutschen (ausgezogene Linie) und Italienern (gestrichelte Linie) in absoluten Zahlen.





Diagr. 8: Die Verteilung der Volksgruppen nach Höhenstufen im Jahre 1939

(Aus „Österreichs gerechter Anspruch auf Südtirol“ herausgegeben von der Tiroler Landesregierung, Innsbruck, Februar 1946).

ungefähr 47 000 Italiener, also bei weitem mehr als die Hälfte der damals 83 000 Italiener insgesamt. In der nächstfolgenden Höhenstufe, 300 bis 400 m (Meran 324 m), 16 000 bis 17 000 weitere Italiener, so daß über das ganze übrige höhergelegene Südtirol damals noch rund 20 000 Italiener verteilt waren. Wir erkennen die Bedeutung der industriellen

Zentren Bozen und Meran und finden auch hier die Bestätigung dafür, daß in das Bergbauerntum die Italiener nicht haben eingreifen können.

*Volkstum und Grundbesitz im Bozener Land*

Einen wertvollen Einblick in die Sesshaftigkeit der beiden Volksgruppen in Südtirol gibt die Statistik der Verteilung des Grundbesitzes in Südtirol<sup>61)</sup>. Es wurden untersucht 27 Gemeinden des Bezirkes Bozen und zwar gerade die Gemeinden in Südtirol, die in der Nähe der Sprachgrenze liegen, einem Bezirk, wie er sich in beifolgender Kartenskizze ausweist:

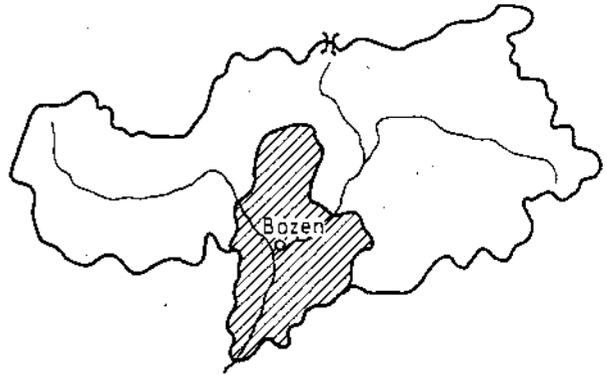


Abb. 8

<sup>61)</sup> Die Besitzverhältnisse in Südtirol, Innsbruck 1946, Landesstelle für Südtirol.

Tab. I: Der Grundbesitz nach den Grundflächen berechnet (in ha):  
(ohne Stadtgemeinde Bozen)

1. Aufteilung des gesamten Grundbesitzes

	Fläche in Hektaren	Prozent
Gesamter Grundbesitz	135461,6000	100 %
Staatsbesitz	4750,7580	} 23.4%
Gemeindebesitz	25538,4208	
Kirchenbesitz	1459,8420	
Italienischer Privatbesitz	3883,0116	2.9%
Deutsch-Südtiroler Privatbesitz	99828,4208	73.7%

2. Aufteilung des Privatgrundbesitzes

	Fläche in Hektaren	Prozent
Gesamter Privatbesitz	103711,9792	100 %
Italienischer Privatbesitz	3883,0116	3.7%
Südtiroler Privatbesitz	99828,9676	96.3%

## 3. Gemeindeweise Aufteilung des Grundbesitzes

	Gesamtfläche in ha	Öffentlicher Besitz in ha	Privatbesitz			
			in ha	in %	in ha	in %
			Deutsch-Südtiroler		Italienischer	
Aldein	6319	2011.7	4296.8	99.58%	10.5	0.42%
Auer	1182	297.7	586.6	66.3 %	297.7	33.70%
Branzoll	745	168.0	446.1	77.1 %	130.9	22.90%
Kurtatsch	3056	976.1	2000.1	96.4 %	74.8	3.60%
Margreid	1885	285.7	1266.7	79.2 %	332.6	20.80%
Montan	1895	906.2	854.4	86.76%	130.4	13.24%
Neumarkt	2367	731.5	1258.2	76.93%	377.3	23.07%
Salurn	3320	732.0	2110.9	81.58%	477.0	18.42%
Tramin	1824	789.1	1012.0	97.79%	23.0	2.10%
Altrei	1600	711.8	924.4	96.47%	33.9	3.53%
Truden	2070	1259.9	784.7	96.87%	25.4	3.13%
Deutschnofen	11203	1616.7	9515.33	99.57%	40.9	0.43%
Eppan	5969	2761.7	3085.0	96.18%	122.2	3.82%
Jenesien	6887	382.9	6491.7	99.8 %	12.4	0.20%
Kaltern	4795	2820.0	1922.7	97.35%	52.2	2.65%
Karneid	4037	190.7	3844.9	99.96%	1.5	0.04%
Kastelruth	11781	3642.2	7653.0	94.04%	484.8	5.96%
Leifers	2425	259.2	2000.5	92.36%	165.3	7.64%
Mölten	3690	1.8	3664.5	99.35%	23.7	0.65%
Pfatten	1351	399.9	421.8	44.44%	529.3	56.56%
Ritten	11148	1486.6	9528.6	98.62%	132.7	1.38%
Sarnthein	30250	2376.1	27804.22	99.74%	69.7	0.26%
Terlan	1865	116.5	1614.7	92.34%	133.7	7.66%
Tiers	4209	3480.3	698.5	95.86%	30.1	4.14%
Völs	4438	1812.3	2457.2	93.58%	168.4	6.42%
Welschnofen	5084	1502.4	3579.3	99.93%	2.2	0.07%
	<b>135461</b>	<b>31749.0</b>	<b>99829.0</b>	<b>96.33%</b>	<b>3883.0</b>	<b>3.7 %</b>

Tab. II: Besitzverhältnisse in der Stadtgemeinde Bozen  
(berechnet nach der Zahl der Grundbucheintragen)

## 1. Aufteilung des gesamten Besitzes

	Anzahl der Einlagen	Prozent	
Gesamtbesitz	3569	100 %	
Staatsbesitz	183	5.12%	} 12.27%
Gemeindebesitz	176	4.93%	
Kirchenbesitz	79	2.22%	
Italienischer Privatbesitz	566	15.86%	
Deutsch-Südtiroler Privatbesitz	2565	71.87%	

## 2. Aufteilung des Privatbesitzes

	Anzahl der Einlagen	Prozent
Gesamter Privatbesitz	3131	100 %
Italienischer Privatbesitz	566	18.08%
Deutsch-Südtiroler Privatbesitz	2565	81.92%

Die Tabelle 3 zeigt deutlich, wie eigentlich nur die Gemeinden mit alten, schon vor 1914 vorhandenen Minderheiten einen größeren Anteil von Grundbesitz in italienischer Hand aufweisen und selbst hier noch nicht einmal alle: Leifers nur 7,64 % italienischer Besitz. Diese und die übrigen 18 Gemeinden der 26 untersuchten haben einen Anteil des italienischen Besitzes am gesamten privaten Grundbesitz, der unter 10 % liegt. Die Stadt Bozen, die Stadt der stärksten italienischen Zuwanderung, hat dennoch Besitzverhältnisse, die denen der anderen Gemeinden entsprechen. Die Statistik stützt sich hier nicht auf die Grundfläche, sondern auf die Anzahl der Grundbucheintragungen, da der Wert städtischen Grundbesitzes nicht so sehr in der Größe der Fläche, sondern im Wert der Häuser liegt.

Es erweist sich die starke Bodenständigkeit der deutschen Bevölkerung, während der italienische Bevölkerungsteil nur geringen, in anderen Bezirken sicher noch geringeren Anteil am Grundbesitz hat. So können wir heute sagen, daß aufs ganze gesehen die Südtiroler Bevölkerung, die zwei Drittel der Gesamtbevölkerung ausmacht, bestimmt neun Zehntel des privaten Grundbesitzes in Händen hat, wahrscheinlich aber auch noch mehr.

Es sind in den letzten 30 Jahren in Europa viele gewaltsame nationale Umschichtungen und Umsiedlungen von Bevölkerungselementen vorgekommen, wie sie in ihrer Schnelligkeit und Gründlichkeit seit der Völkerwanderung ihresgleichen nicht hatten. Die Wissenschaft, die diese Vorgänge selbstverständlich mit brennendem Interesse verfolgen möchte, kann hinterher nur feststellen, daß alles vernichtet und zerstoben ist. Der Anschluß an vorhergehende sorgfältige, auf Volkszählungen und Meldewesen beruhende Zahlenbilder ist nicht mehr zu finden. Hier in Südtirol kann man jedoch sagen, daß — abgesehen von der nicht minderen Unmenschlichkeit, deren sich die nationalsozialistischen und faschistischen Machthaber schuldig gemacht haben — sich hier die Vorgänge in einer immerhin doch zivilisierteren Sphäre abspielten, so daß eigentlich in keinem Zeitraum der Vorgänge der Statistiker den Faden der Entwicklung verloren hätte. Das macht das Problem Südtirol für die Wissenschaft, die Geographie insbesondere, so interessant. Und

darum mußte diese Frage auch einmal untersucht werden, genau so gut wie ja auch die Vorgänge zwischen der Türkei und Griechenland in den zwanziger Jahren Gegenstand der wissenschaftlichen Untersuchungen waren.

Daß bei einer solchen Untersuchung auch unser Herz ist, dafür sollten die Italiener, deren eigene Anhänglichkeit an jedes Glied ihres Volkskörpers, dem die volle Selbstbestimmung vorenthalten ist, unsere volle Anerkennung und Sympathie verdient, wohl Verständnis haben. Unser Herz für Südtirol, für das Volk an Eisack und Etsch, das unsere Sprache spricht, unsere Gesittung und Kultur besitzt, in 13 Jahrhunderten die deutsche Kulturlandschaft in Südtirol geschaffen hat und in dieser Zeit selbst so viel zum gesamtdeutschen Kulturleben beigetragen hat, sollte uns nicht allzu einfach als Pangermanismus ausgelegt werden. Schließlich war es ja das italienische Volk, das einmal unter umgekehrten Voraussetzungen um Verständnis für seine „Irredenta“ im Trentino warb und heute einen der Hauptvertreter dieses Irredentismus zum italienischen Ministerpräsidenten erwählte. Wenn Ministerpräsident Degasperi am 10. November 1952 in Bozen sagte, daß Außenminister Gruber 1946 „Punkt um Punkt die Interessen der deutschen Nation verteidigte“<sup>62)</sup> — er sagte nicht etwa des österreichischen Volkes oder dergleichen —, so nehmen wir dieses Anerkenntnis aus höchstem italienischem Munde dafür, daß es deutsche Interessen in Südtirol gibt, dankbar entgegen. Von diesem Interesse — zu deutsch: von dieser Anteilnahme — wurde selbstverständlich diese Untersuchung mitgetragen.

Wenn es in Deutschland in dieser Frage politische Wünsche gibt, so vor allem den, daß eine kommende engere Bindung der europäischen Nationen auch diesem Problem die Schärfe nehmen wird. Je mehr in Europa die Grenzen unter höheren Gesichtspunkten gegenstandslos werden, desto mehr sollte auch für Italien die Notwendigkeit einer vermeintlich erforderlichen Sicherung solcher Grenzen entfallen. Sie entspricht weder den Interessen Italiens noch Südtirols. Möge Italien rechtzeitig erkennen, daß die Verantwortung für die Rettung Gesamteuropas und der Humanität auch die Anerkennung der Existenz des Südtiroler Volkstums in sich schließt!

<sup>62)</sup> Dolomiten vom 12. November 1952.

# ETHNOGRAPHISCHE KARTE VON SÜDTIROL

und der benachbarten Gemeinden des Trentino

STAND IM JAHRE 1910 NACH DER LETZTEN VOLKSZÄHLUNG VOR DER ANNEXION DURCH ITALIEN

# ETHNOGRAPHICAL MAP OF THE SOUTH TYROL

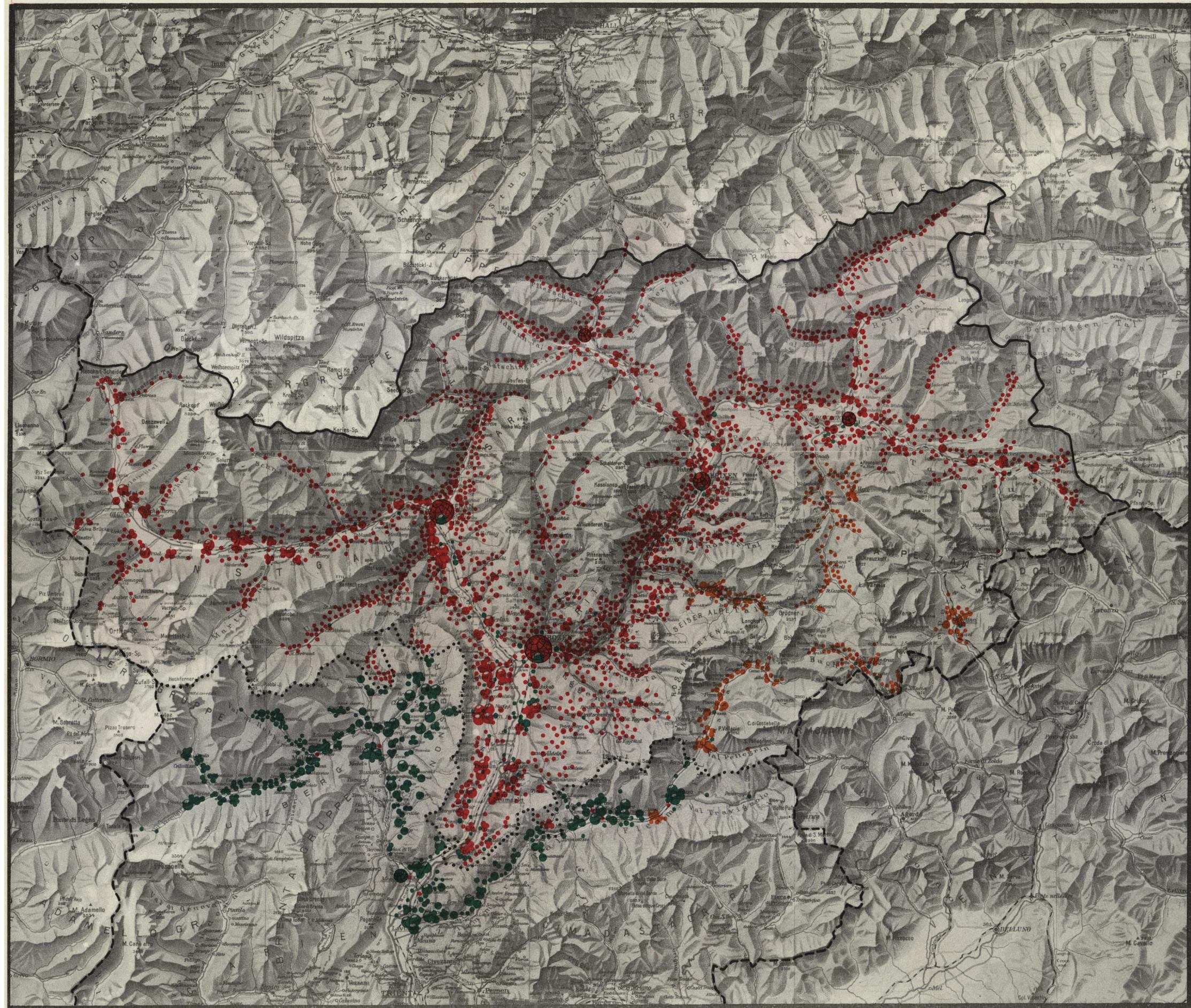
and the neighbouring communities of the Trentino

CORRESPONDING TO THE YEAR 1910 AFTER THE LAST CENSUS BEFORE THE ANNEXATION BY ITALY

# CARTE ETHNOGRAPHIQUE DU TYROL DU SUD

et des communes limitrophes du Trentino

SITUATION EN 1910 D'APRÈS LE DERNIER RECENSEMENT AVANT L'ANNEXION PAR L'ITALIE



### EXPLANATION OF SIGNS: ZEICHENERKLÄRUNG: LÉGENDE:

- 50 INHABITANTS EINWOHNER HABITANTS
- 100 " " "
- 500 " " "
- 1000 " " "

Closed settlements (towns) with more than 1000 inhabitants are represented by separately calculated balls

Geschlossene Siedlungen (Städte) mit mehr als 1000 Einwohnern sind durch gesondert berechnete Kugeln dargestellt

Les agglomérations (villes) de plus de 1000 habitants sont représentées par des sphères spécialement calculées

- German-speaking Tyrolese  
Deutsch sprechende Tiroler  
Tyroliens parlant allemand
- Ladin-speaking Tyrolese  
Ladinisch sprechende Tiroler  
Tyroliens parlant ladin
- Italian-speaking Trentins  
Italienisch sprechende Trientiner  
Trentins parlant italien

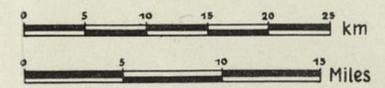
— Austrian national frontiers since 1918  
Österreichische Staatsgrenzen seit 1918  
frontières autrichiennes depuis 1918

..... linguistic border, separating Tyrolese and Trentins  
Sprachgrenze, trennt Tiroler und Trientiner  
limite linguistique séparant les Tyroliens des Trentins

- - - Austrian national frontiers before 1918  
Österreichische Staatsgrenzen vor 1918  
frontières autrichiennes avant 1918

Beilage 4 zu:  
Erkunde, Archiv f. wiss. Geogr., Bd. VII, H. 3

SCALE  
MASZTAB  
ÉCHELLE  
1 : 400.000



The nucleus round which the pass-state of the Tyrol crystallized: The High Chapters of Brixen and Trento, raised by imperial decree in the years of 1004 and 1027 to the status of clerical-secular principalities, having only the "Reich" over them. In the clerical principality of Brixen, union of the country north and south of the Brenner Pass, and thereby domination of the pass itself.— In the clerical principality of Trento union of the Brenner and Reschen roads in the area of Bozen. Domination of the gorges of Salurn and Bern (Verona) and with them of the points where the roads out of the Alps lead down into the plain.

Les origines du Tyrol, pays de cols: Les sièges épiscopaux de Brixen et de Trente, élevés par acte impérial de 1004 et de 1027 au rang de principautés ecclésiastiques-temporelles, dépendant directement de l'empereur. La possession des pentes nord et sud du Brenner, dans la principauté ecclésiastique de Brixen, assure la domination du col.

Jonction des routes traversant le Brenner et le Reschen dans la région de Bozen, ainsi que la domination des défilés de Salurn et de Bern (Verona) et par cela des débouchés des Alpes dans la plaine du Po, dans la principauté ecclésiastique de Trente.

**Die Keimzellen des Paßstaates Tirol:**

Die durch die kaiserlichen Verleihungen in den Jahren 1004 und 1027 zu reichsunmittelbaren geistlich-weltlichen Fürstentümern erhobenen Hochstifte Brixen und Trient. Zusammenfassung der nördlichen und südlichen Paßrampe des Brenners und damit Beherrschung des Überganges im geistlichen Fürstentum Brixen. — Zusammenfassung der Brenner- und Reschenwege im Raume von Bozen sowie Beherrschung der Klausen von Salurn und Bern (Verona) und damit der Austrittsstellen aus den Alpen in die Po-Ebene im geistlichen Fürstentum Trient.

Nucleus of the secular county of Tyrol: The area of Meran with the Vintschgau towards the middle of the 12th century. Domination of the northern and southern approaches to the Reschen Pass.

Origine du comté temporel du Tyrol: La région de Meran avec le Vintschgau au milieu du 12<sup>ème</sup> siècle. Domination des pentes nord et sud du Reschen.

Ausgang der weltlichen Grafschaft Tirols: Der Raum von Meran mit dem Vintschgau um die Mitte des 12. Jahrhunderts. Beherrschung des Nord- und Südanstieges des Reschenpasses.

Union of the southern and northern nucleus area of the Tyrol from the middle of the 13th until the beginning of the 14th centuries, linguistic and political border (1305) on the Avisio and Noce rivers. Joining together of the two principalities of Brixen and Trento to a military and administrative unit in the hands of the Count of Tyrol whose rights passed in 1363 to the Habsburgs and thereby to Austria. Domination of the mountain range on the southern edge of the Alps through the gorge of Salurn which led to the formation of the western pass-state of the Tyrol.

Réunion des régions primitives dans le nord et dans le sud du Tyrol depuis le milieu du 13<sup>ème</sup> jusqu'au commencement du 14<sup>ème</sup> siècle, la frontière politique et linguistique (1305) suit l'Avisio et le Noce. Réunion des deux principautés Brixen et Trente en une seule unité militaire et administrative entre les mains des Comtes du Tyrol, dont les droits passèrent aux Habsbourgs et, par eux, à l'Autriche en 1363. Domination de la chaîne la plus méridionale des Alpes avec le défilé de Salurn et ainsi, formation du Tyrol, comme Etat séculier de passage.

Vereinigung des südlichen und nördlichen Kernraumes Tirols von der Mitte des 13. bis zum Anfang des 14. Jahrhunderts, sprachliche und politische Grenze (1305) längs Avisio und Noce. Zusammenfassung der beiden Fürstentümer Brixen und Trient zu einer militärischen und verwaltungsmäßigen Einheit in der Hand der Grafen von Tirol, deren Rechte 1363 an die Habsburger und damit an Österreich übergingen. Beherrschung der südlichen Randkette der Alpen mit der Salurner Klause, damit Ausbildung des weltlichen Paßstaates Tirol.

Incorporation of the districts bordering the two nucleus areas to the south, north and east, from the 14th until the beginning of the 16th centuries. (1509.) Adjustment of the Tyrolean frontiers which ran now along the narrow valleys stretching before the two nucleus areas, leading partly into the mountain approaches, partly into the other Alpine countries like Salzburg and Carinthia.

Annexion des territoires se trouvant au nord, au sud et à l'est des deux régions primitives depuis le 14<sup>ème</sup> jusqu'au commencement du 16<sup>ème</sup> siècle (1509). Les frontières tyroliennes s'avancent dans les défilés se trouvant en avant des deux régions primitives, et qui conduisent ou dans les régions préalpines, ou dans d'autres pays alpestres, comme dans le pays de Salzbourg et en Carinthie.

Angliederung der den beiden Kernräumen im Süden, Norden und Osten vorgelagerten Randlandschaften vom 14. bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts (1509). Vorverlegung der tirolischen Grenzen in die vor den beiden Kernräumen des Landes liegenden Engtalstrecken, die teils in die Gebirgsvorländer, teils in andere österreichische Alpenländer, wie Salzburg und Kärnten, führen.

Extension of the princely county of Tyrol according to the constitution of 1532.

Étendue du comté princier du Tyrol d'après la constitution de 1532.

Umfang der gefürsteten Grafschaft Tirol nach der Landesordnung von 1532.

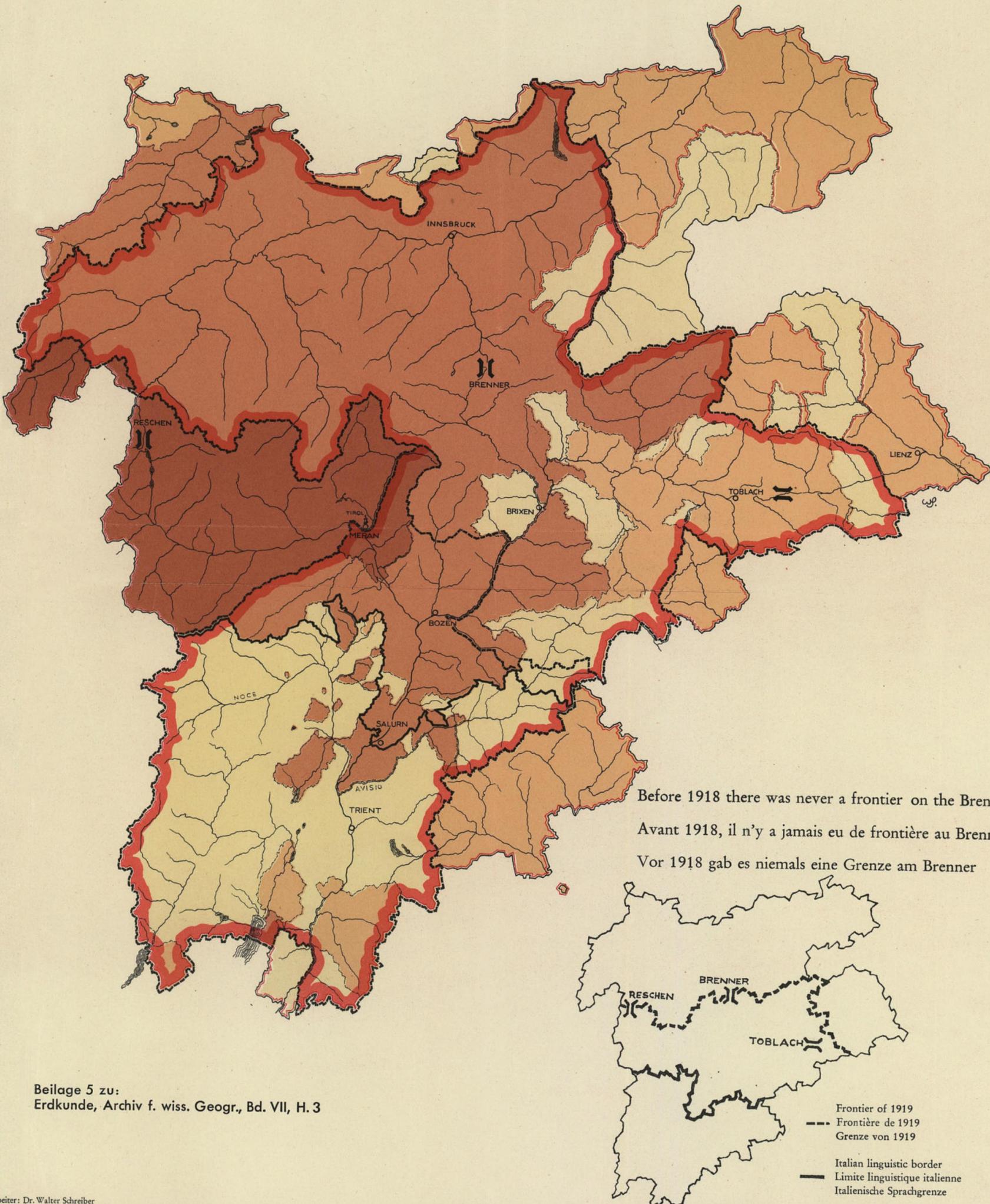
The remaining territories of the two clerical principalities of Brixen and Trento which became secular property at the beginning of the 19th century (1803) but had already been under the protectorate (bailiwick) of the Tyrol and with regard to national law formed a political unit with the Tyrol. At the same time incorporation of the areas of north-east and eastern Tyrol which had hitherto belonged to the Archbishopric of Salzburg.

Les territoires restants des deux principautés ecclésiastiques de Brixen et de Trente furent sécularisés au commencement du 19<sup>ème</sup> siècle (1803); cependant, ces deux principautés s'étaient trouvées déjà depuis le 12<sup>ème</sup> siècle sous la protection (prévôté) du Tyrol et avaient formé avec ce pays une unité politique au point de vue du droit public. A la même époque annexion de territoires, qui ont appartenu jusqu'alors à l'archevêché de Salzbourg, au Tyrol du nord-est et de l'est.

Die zu Anfang des 19. Jahrhunderts (1803) säkularisierten Restgebiete der beiden geistlichen Fürstentümer Brixen und Trient, die jedoch schon seit dem 12. Jahrhundert unter der Schutzhoheit (Vogtei) Tirols standen und mit diesem staatsrechtlich zu einer politischen Einheit verbunden waren. Zur gleichen Zeit Angliederung der bis dahin zum Erzstift Salzburg gehörigen Gebiete Nordost- und Osttirols.

Present Italian linguistic border.  
Limite linguistique italienne actuelle.  
Gegenwärtige italienische Sprachgrenze.

The historical development of the pass country of the Tyrol  
Le développement historique du Tyrol, pays de cols  
Die geschichtliche Entwicklung des Paßlandes Tirol



Beilage 5 zu:  
Erdkunde, Archiv f. wiss. Geogr., Bd. VII, H. 3

# The geographical situation of the Tyrolean frontiers

In the valley gorges hostile to traffic originated the ethnical and national frontiers

## La frontière tyrolienne formée d'après les conditions géographiques

Aux défilés empêchant la circulation se formèrent les frontières ethnographiques et politiques

## Die geographisch bedingte Grenzbildung von Tirol

An den verkehrsfreundlichen Talengen entstanden die ethnographischen und die staatlichen Grenzen

